Ausgabe 04/2011 • Schutzgebühr 2 € • C44904

PROVIEH MAGAZIN

Aufbruch-stimmung!

Liebe Mitglieder, liebe Leserinnen und Leser

In den 1950er Jahren, als die Nazizeit noch kein Thema im Geschichtsunterricht war, gab es im Fach „Gegenwartskunde" das Buch *„Freiheit und Verantwortung"*. Heute könnte man fragen, ob für die großen Krisen dieser Welt nicht eher das Motto *„Freiheit ohne Verantwortung"* gilt. Diese Frage muss auch für die Entwicklung der industriellen Landwirtschaft gestellt werden, denn sie ist zum Hungermacher der Menschheit geworden und zum größten Klimaschädling. Sie wird uns in eine globale Katastrophe führen, wenn sie weitermacht wie bisher.

Wie weit wir auf dem Weg zur globalen Katastrophe schon gekommen sind, macht uns ein Artikel aus dem Wissenschaftsmagazin *Nature* eindringlich klar. Er entstand anlässlich der Klimadiskussion und wird in diesem Heft vorgestellt. Er wirft ein Licht auf die Bedeutung der internationalen Klimakonferenzen, deren Ziel es ist, die drohende Katastrophe abzuwenden. Diesem Thema war auch eine Tagung in Tutzing gewidmet. Übereinstimmend gilt: Die Abwendung der Katastrophe ist nur möglich, wenn statt der industriellen die ökologische Landwirtschaft intensiviert wird. Zu diesem Ergebnis kommt auch der Ökobauer Felix zu Löwenstein, dessen aufrüttelndes Buch in diesem Heft rezensiert wird. Er zeigt, wie das Leben in die Ackerböden zurückkehren kann, warum ökologischer Landbau auf viel Chemie verzichten kann und trotzdem höhere Ernten einfährt, und warum Schadorganismen am wirkungsvollsten mit Fruchtwechsel bekämpft werden. Volker Kwade, Vorstandsmitglied von PROVIEH und Demeterbauer, kann mit seinen Erfahrungen Löwensteins Ergebnis nur bestätigen und stellt in seinem Beitrag eine Initiative vor, wie wir alle die ökologische Landwirtschaft fördern können. Ganz in diesem Sinne rufen wir zu einer Demonstration am 21. Januar 2012 zur Grünen Woche in Berlin auf. Über Einzelheiten berichtet Verena Stampe aus der Bundesgeschäftsstelle.

Noch müssen wir gegen viel Tierleid kämpfen. An welchen Fronten wir dies gerade tun, wird in verschiedenen Beiträgen dargestellt. Unsere Europareferentin Sabine Ohm berichtet vom Kampf gegen das überlange Einkerkern von Muttersauen in viel zu enge Käfige. Das soll ab dem 1. Januar 2013 in der EU verboten sein, aber viele Sauenhalter werden diese Frist nicht einhalten. Derartige Säumigkeiten sind schon fast üblich. Ein Beispiel nur, das Stefan Johnigk anführt: Die Haltung von Legehennen in den kleinen Batteriekäfigen ist ab dem 1. Januar 2012 verboten, doch viele Hennenhalter werden das Verbot verletzen. Empörend ist, dass sie dafür nicht einmal mit Sanktionen rechnen müssen, wie wir aus vertraulicher Quelle erfuhren. In einem anderen Beitrag nimmt Stefan Johnigk die industrielle Mastgeflügelhaltung aufs Korn und führt Beispiele an, wie das Los der Tiere schon mit moderatem Aufwand verbessert werden kann. In zwei weiteren Beiträgen diskutiert er so etwas wie einen „Mindestlohn" für Nutztiere und entwirft einen Handelskonflikt, der uns zwingen könnte, den Import tierischer Qualprodukte aus anderen Ländern nicht durch Schutzzölle zu behindern.

Politische Gremien, die wichtige Entscheidungen vorbereiten müssen, werden oft von Lobbyisten umlagert und umgarnt. Wie verantwortungslos dies oft geschieht, belegt uns *Transparency International Deutschland e.V.* immer wieder. Wir freuen uns daher, dass zwei prominente Mitglieder dieses Vereins, die

Prof. Dr. Sievert Lorenzen

Ärztin Dr. Angela Spelsberg und der Epidemiologe Prof. Dr. Ulrich Keil, uns am Beispiel der eher unbedeutenden Schweinegrippe den millionenschweren Schaden vorführen, den die Lobbyisten uns durch ihre düsteren Methoden verursacht haben. Sie hatten es geschafft, dass Deutschland 50 Millionen Impfstoffdosen gegen Schweinegrippe kaufen musste. Millionen von ihnen werden gerade palettenweise in einem Müllwerk verheizt. Ob die Bundesregierung aus dem Schaden klug werden wird?

Auch Saatgutgiganten schicken unentwegt Lobbyisten aus, um den Anbau gentechnisch veränderter Ackerpflanzen zu forcieren. Sie klingeln mit Schlüsselbegriffen wie „Kampf gegen den Welthunger" und betören damit viele Entscheider. Der Europäische Gerichtshof blieb standfest und urteilte am 6. September 2011, dass Bienenhonig dem europäischen Gentechnikrecht unterliege, wenn er mit Pollen von gentechnisch veränderten Pflanzen verschmutzt ist. Mit diesem Urteil siegte ein kleiner deutscher Imker gegen deutsche Behörden und den Saatgutgiganten Monsanto, siehe Bericht von Christina Petersen aus unserer Bundesgeschäftsstelle. Dass die Grüne Gentechnik sogar als Technologie des Versagens verstanden werden kann, wird in einem eigenen Beitrag dargestellt.

Vereine und Menschen erzielen viele Erfolge für eine verantwortungsvolle Landwirtschaft. Oft könnten sie größer sein, aber „Kleinvieh macht auch Mist", wie der Volksmund sagt. In diesem Sinne ist auch die neue Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU zu verstehen, die Sabine Ohm vorstellt.

Manche mögen sich schon gefragt haben, ob man Strauße in Deutschland auch artgemäß halten kann, womöglich ganzjährig im Freien, auch im Winter. Ja, das geht sehr gut. Das erfuhr Susanne Aigner von einem sehr erfahrenen Straußenhalter. In zwei weiteren Beiträgen stellt Frau Aigner uns die zotteligen sympathischen Riesenesel der westfranzösischen Rasse Poitou vor und erklärt, warum deren Hengste früher gern zur Zeugung von Maultieren eingesetzt wurden.

Mit besten Wünschen für Weihnachten und das neue Jahr

S. Lorenzen

Sievert Lorenzen

KURZ NOTIERT
Schonendes Schlachtverfahren genehmigt 5

TITELTHEMA
Bauer hält Hof – neue Veranstaltungsreihe 6
Aufruf zur Großdemonstration „Wir haben es satt“ 7
Ringen um Bewegungsfreiheit für die Sauen 10
Importprodukt Tierquälerei 12

KAMPAGNE
12 EU-Staaten widersetzen sich dem Käfigverbot 8
Geflügelwirtschaft unter Druck 24
„Mindestlohn“ für Nutztiere 26

MAGAZIN
Wie ernährt man sieben Milliarden Menschen? 14
Grüne Gentechnik – Technologie des Versagens 16
„Moderne“ Landwirtschaft bedroht die Bienen 18
Industrialisierte Landwirtschaft ist klimaschädlich 27
Das Ende der Verschwendung – Schon eingeläutet
Thesen von Felix zu Löwenstein 30
Riesenesel im Tierpark Arche Warder 34
Interview mit GRÜNEN-Politikerin Undine Kurth 36
Artgemäße Straußenhaltung ist bei uns möglich 42

TIERSEUCHEN
Die Erfindung der „Schweinegrippe-Pandemie“ 38

AKTUELLES AUS BRÜSSEL
Reform der neuen EU-Agrarpolitik greift zu kurz 20

GEFÄHRDETE NUTZTIERRASSEN
Lange Ohren, zotteliges Fell: Der Poitou-Esel 32

KINDERSEITE GÄNSEFÜSSCHEN
Für viele Tiere ist der Winter kein Problem 44

BUCHTIPPS
Hanna Rheinz: Zwischen Streichelzoo und Schlachthof
Birgit Klaus: Tier zuliebe 46

IMPRESSUM 47

DAS ALLERLETZTE 48

Kleiner, ärgerlicher Fehler!

Im letzten PROVIEH-Magazin sind durch ein technisches Problem im Druckerei-Betrieb auf einigen Seiten fingerabdruckgroße „weiße Flecken“ im Text entstanden. Nach unseren Recherchen dürfte nur ein geringer Teil der Auflage betroffen sein. Wir möchten uns bei allen entschuldigen, die ein solches Heft erhalten haben.

Schonendes Schlachtverfahren genehmigt

Diesen Tieren kann der leidvolle Schlachttransport erspart bleiben

Vielen Freilandrindern aus artgemäßer Haltung kann fortan auch das Leid des Einfangens und Transports zum Schlachthof erspart bleiben. Nach einem Beschluss des Bundesrats vom 4.11.2011 dürfen „einzelne Huftiere der Gattung Rind, die ganzjährig im Freiland gehalten werden“, mit Genehmigung der zuständigen Behörden nun auch im Haltungsbetrieb geschlachtet werden, ohne dass dazu eine zugelassene Schlachtstätte auf dem Hof vorhanden sein muss. Der anschließende Transport der toten Tiere zur Fleischerei darf nicht länger als eine Stunde dauern.

PROVIEH hatte sich mit Partnerverbänden gemeinsam und erfolgreich bei der Bundesregierung für eine entsprechende nationale Ausnahmeregelung zum EU-Lebensmittelhygienerecht eingesetzt. Nun können Bio-Rinderhalter ohne rechtliche Risiken das besonders schonende Verfahren der Kugelschussbetäubung auf der Weide für die Schlachtung ihrer Tiere einsetzen (siehe PROVIEH-Magazin 03/2011, 04/2010 und 04/2008). PROVIEH wird sich weiterhin für die erleichterte Zulassung besonders schonender mobiler Schlachtverfahren auch bei Geflügel und Schweinen einsetzen.

Für eine faire und gerechte Landwirtschaft

Bauer hält Hof

Auftakt im Kuhstall

Bauer hält Hof – diese Idee weist in die Zukunft. Sie handelt von etwas Grundsätzlichem, von der absoluten Basis dessen, was das Leben und Überleben eines jeden Lebewesens auf unserer Erde angeht. Es geht um den Erhalt eines gesunden Bodens, einer gesunden Atmosphäre und damit auch um die Sicherung einer nachhaltigen Bewirtschaftung unserer Erde.

Die EU-Agrarpolitik stellt sich alle sieben Jahre neu auf. Das bedeutet, dass auch die Subventionen (Fördergelder für die Landwirtschaft, finanziert durch unsere Steuern) neu zugeteilt werden. In der Vergangenheit wurde die industrielle Landwirtschaft viel intensiver gefördert als die nachhaltige bäuerliche. Diese einseitige Förderung führte zu Ausbeutung von Böden, Pflanzen und Nutztieren, aber auch zu gemachtem Welthunger, Höfesterben, Lebensmittelskandalen, Tierfabriken, Überdüngung, Gentechnik, patentierten Lebewesen und Monokulturen.

Wollen wir das mit unseren Steuergeldern weiterhin fördern?

Nein, das wollen und dürfen wir nicht. Zum ersten Mal besteht die reale Chance, die bisherige Agrarpolitik der EU in eine neue Richtung zu lenken, um nachhaltige bäuerlich wirtschaftende Betriebe endlich mehr zu fördern als die Agrarindustrie. Für dieses Ziel haben sich fast 40 Organisationen aus Landwirtschaft, Entwicklungsarbeit, Umwelt, Natur- und Tierschutz zusammengetan. Sie wollen ihrer Verantwortung für die Ernährungs- und Agrarpolitik Europas gerecht werden.

Die Veranstaltungsreihe „Bauer hält Hof" wird im Rahmen der Kampagne „Meine Landwirtschaft" durchgeführt. Zur bundesweiten Auftaktveranstaltung am 16.10.2011 trafen sich rund 100 Landwirte, Politiker, Verbraucher etc. auf dem Milchviehbetrieb der Familie Hauschildt in Quarnstedt, Schleswig-Holstein.*

Im Namen von PROVIEH nahm ich als ökologisch wirtschaftender Landwirt teil und konnte miterleben, wie vorbehaltlos Menschen aus den unterschiedlichsten Bereichen miteinander diskutierten und konstruktive Arbeitsvorschläge für den weiteren Verlauf der Kampagne erarbeiteten. Für mich ist es sehr bewegend und vor allem eine Ehre, bei dieser Bewegung mitwirken zu können. Erstmals besteht eine reale Möglichkeit, endlich wieder den richtigen Weg zu einer nachhaltigen bäuerlichen Landwirtschaft zu ebnen.

Und ich bin sicher: Mehr und mehr Menschen werden ihr alltägliches Handeln im Sinne einer fairen nachhaltigen Landwirtschaft verändern, zum Beispiel durch Einkauf regionaler ökologischer Produkte. Deshalb werden wir den Wechsel der Agrarpolitik gemeinsam schaffen!

Volker Kwade

*Weitere Veranstaltungen quer durch Deutschland werden folgen, siehe meine-landwirtschaft.de

Großdemonstration gegen Agrarindustrie

„WIR HABEN ES SATT"

Im Januar 2012 findet der Internationale Agrarministergipfel im Rahmen der „Grünen Woche" in Berlin statt. Agrarminister aus aller Welt kommen mit Vertretern von Agrarkonzernen zusammen, um die weitere Industrialisierung der Landwirtschaft voranzubringen. Aus diesem Grund werden am Samstag, den 21. Januar 2012 um 11:30 Uhr in Berlin die Menschen zur Großdemonstration „Wir haben es satt!" wieder auf die Straße gehen.

Die Agrarindustrie wird mit unseren Steuergeldern hoch subventioniert, um scheinbar billig zu produzieren. Jedoch werden dabei sämtliche Folgen für die Tiere, das Klima oder die Umwelt ignoriert. Mit der Demonstration soll ein Zeichen für eine bessere, gerechtere und umweltschonendere Landwirtschaft gesetzt werden. Organisiert wird der Protestmarsch von der bundesweiten Kampagne „Meine Landwirtschaft – Unsere Wahl". Die Kampagne wird von einem Bündnis von Nichtregierungsorganisationen und Initiativen aus bäuerlicher Landwirtschaft, Ökolandbau, Entwicklungshilfe, Tierschutz und Ernährung getragen. Auch PROVIEH gehört zum Trägerkreis.

Schon im Januar 2011 zeigten 22.000 Menschen, dass „sie es satt haben" und demonstrierten mit. Es ist sehr wichtig, dass wir auch zu Beginn des neuen Jahres viele Mitstreiter sein werden, um den Druck auf die Politik zu erhöhen.

Kommen auch Sie mit uns nach Berlin! Notieren Sie sich diesen Termin, laden Sie Freunde und Bekannte ein mitzumachen. Tun Sie sich

zusammen und organisieren Sie Fahrgemeinschaften. Mitfahrgelegenheiten finden Sie auf der Webseite wir-haben-es-satt.de. Bestellen Sie außerdem Flyer, Plakate und Aufkleber unter der Telefonnummer des Kampagnen-Büros 030-28482437.

Verena Stampe

Das PROVIEH-Team wird am Tag der Demonstration mit einem Reisebus von Kiel, mit Stopp in Lübeck, nach Berlin fahren. Wir können noch Plätze anbieten. Wer möchte mitfahren? Kontakt: Verena Stampe, 0431-24828-13, e-mail: stampe@provieh.de

12 EU-Staaten widersetzen sich dem Käfigverbot

Werden sie auch noch belohnt?

Käfigeiverbot von der EU in die Pfanne gehauen?

Ab dem 1. Januar 2012 dürfen EU-weit keine Legehennen mehr in konventionellen Batteriekäfigen gehalten werden. Doch wo viel Geld mit Tierquälerei zu verdienen ist, regiert offenbar noch immer die Unvernunft. In 12 von 27 Mitgliedsstaaten der EU waren die Regierungen unwillig oder unfähig, das Käfigverbot wirksam umzusetzen. Ebenso skandalös ist, dass die EU-Kommission offenbar untätig zusieht, wie die gemeinsamen Tierschutzregeln mit Füßen getreten werden. Statt rechtzeitig wirksame Maßnahmen gegen die Vertragsverletzungen vorzubereiten, erging sie sich bisher im Sammeln von Daten und in zahnlosen Appellen.

Aus vertraulicher Quelle erfuhr PROVIEH, dass im Agrarrat Überlegungen für ein „Gentlemen's Agreement" laut wurden. Sein Inhalt: Die pflichtvergessenen Mitgliedsstaaten mögen Aktionspläne vorlegen für die Umstellung von Käfighaltung auf andere Haltungsformen, mögen das Einstallen neuer Legehennen in die alten Käfige unterbinden und mögen die Batterie-Eier kennzeichnen und ihre Rückverfolgbarkeit gewährleisten. Im Gegenzug würde die EU Vertragsverletzungsverfahren einleiten und sich mit den Vertragssündern auf eine Stillhaltefrist verständigen, bis der Ausstieg aus der Legehennenhaltung in den konventionellen Batteriekäfigen vollständig geschafft sei. Solange bekämen die Käfigeierbarone die Möglichkeit, ihre Qualeier weiterhin zur Verarbeitung im Inland zu vermarkten. Illegal und ungestraft.

So nicht, „Gentlemen"!

Ein „Gentlemen's Agreement" ist eine auf gegenseitigem Vertrauen beruhende Vereinbarung. Welches Vertrauen aber darf man Staaten schenken, die für die Umsetzung des Käfigverbots mehr Zeit untätig haben verstreichen lassen, als ein Mensch vom Kindergartenalter bis zur Hochschulreife braucht? Bei allem Vertrauen ist ein „Gentlemen's Agreement" unverbindlich, und wer es nicht erfüllt, muss nur mit sozialen Sanktionen rechnen. Wie aber soll eine Zivilgesellschaft die Beimischung illegaler Käfigeier in Lebensmittel sozial sanktionieren, wenn anders als bei den Schaleneiern keine Kennzeichnungspflicht nach Haltungsform besteht? Auch heute noch fließen gegen den Willen der Verbraucher tonnenweise Käfigeier unerkannt in Mayonnaise, Eiernudeln und Gebäck. Und schließlich: Für ein „Gentlemen's Agreement" braucht es „Gentlemen", das heißt „Ehrenmänner". Wer aber ab dem 1. Januar 2012 entgegen dem Käfigverbot Hühner in konventionellen Käfigbatterien hält, ist kein Ehrenmann, sondern einfach nur ein Gesetzesbrecher.

Um diesen Gesetzesbruch zu vermeiden, hatten alle Eiererzeuger der EU ausreichend Zeit. Die „Richtlinie 1999/74/EG des Rates zur Festlegung von Mindestanforderungen für den Schutz von Legehennen" wurde am 19. Juli 1999 erlassen und für die Umstellung galt die großzügige Frist bis zum 1. Januar 2012. In Ländern wie Österreich, Tschechien, Dänemark, Estland, Finnland, Schweden, dem Vereinigten Königreich und den Niederlanden wurde sie problemlos eingehalten. Selbst im Steuerparadies Luxemburg und im Baltenstaat Litauen wurden die verbotenen nackten Drahtverschläge durch die erlaubten sogenannten „ausgestalteten Käfige" ersetzt, in denen es Sitzstangen, einen abgeteilten Bereich zur Eiablage („Nest") und eine Scharrmatte („Einstreubereich") gibt.

In Frankreich aber, einem der größten Eiererzeuger Europas, sah man sich außerstande, die gesetzte Frist einzuhalten. Dies gilt auch für Belgien, Bulgarien, Zypern, Portugal, Rumänien und unseren östlichen Nachbarn Polen, wo etliche deutsche Hennenkäfige sogar einen neuen Standort gefunden haben. Die Behörden in Griechenland, Italien, Spanien, Ungarn und Lettland fanden nicht einmal Zeit zur Mitteilung an die EU, ob und wie sie das Käfigverbot umsetzen wollen. PROVIEH fordert Seite an Seite mit allen Tierschutzorganisationen Europas, das Käfigverbot ab Januar 2012 ohne Kompromisse umzusetzen und die Vermarktung illegaler Käfigeier in allen Mitgliedstaaten wirksam zu unterbinden.

Auch Kleingruppenhaltung vor dem Aus

In Deutschland wurde anstelle des ausgestalteten EU-Normkäfigs eine eigene Variante eingeführt, der „Kleingruppenkäfig". Er bietet den Legehennen 50 cm² mehr Platz pro Henne und 5 bis 15 cm mehr lichte Höhe als der EU-Normkäfig. Doch auch im Kleingruppenkäfig erleiden die Legehennen nur Drangsal und Verhaltensstörungen. Das Bundesverfassungsgericht schob dieser Haltungsform mit Beschluss vom 12. Oktober 2010 einen vorläufigen Riegel vor. Als Reaktion versuchte die Bundesregierung, den wenigen Betreibern der neuen Form industrieller Tierquälerei großzügige Übergangsfristen bis 2035 einzuräumen. Nach scharfen Protesten von Tierschutzverbänden wie PROVIEH und alternativen Eiererzeugern verhinderte der Bundesrat diese Günstlingswirtschaft. Nun steht eine neue Runde ins Haus, und wie es aussieht, will die Bundesregierung die unbequeme Entscheidung über Schonfristen für Kleingruppenhalter an die Landesministerien delegieren.
Ende September 2011 wurden in Deutschland noch 7.018.335 Legehennen in Kleingruppenkäfigen gehalten. PROVIEH wird seine Kampagnenarbeit nicht ruhen lassen, bis auch dieses Elend für die Legehennen beendet ist.

Stefan Johnigk

Steiniger Weg zur Abschaffung der Kastenstandhaltung in der Europäischen Union

Bisher dürfen Sauen in Deutschland wie in den meisten EU-Ländern fast ihr gesamtes Leben lang in Kastenständen eingesperrt und auf nackten Böden ohne Einstreu gehalten werden. In diesen engen Metallkäfigen können sie sich nicht einmal umdrehen. Das gleiche gilt für die sogenannten „Abferkelbuchten mit Ferkelschutzbügel", in denen die Sauen vier bis fünf Wochen pro Wurf verbringen. Auch dort ist ihnen nur das Aufstehen und Ablegen möglich. Ihre natürlichen Bedürfnisse wie den Nestbauinstinkt und die Bemutterung der neugeborenen Ferkel können die Sauen dort nicht ausleben.

Ab 1. Januar 2013 müssen laut EU-Richtlinie trächtige Jungsauen und Sauen mindestens zwischen dem 28. und 108. Tag ihrer Trächtigkeit – also ab vier Wochen nach dem Belegen bis eine Woche vor der Abferkelung – in Gruppen gehalten werden. Dies ist ein Schritt in die richtige Richtung, sorgt aber noch lange nicht für akzeptable Zustände in der Sauenhaltung. Denn bei den üblichen 2,3 Würfen pro Jahr werden sie so immer noch fast die Hälfte jedes Jahres jeglichen Bewegungsspielraumes beraubt.

Die Umstellung in den wichtigsten Schweineerzeugerländern Europas geht beunruhigend langsam voran: Laut einer im Oktober 2011 in der britischen Fachpresse („Pig World") veröffentlichten Meldung haben in den Niederlanden, Dänemark und Frankreich bisher ca. 30 bis 40 Prozent der Sauenhalter noch nicht auf die Gruppenhaltung trächtiger Sauen umgestellt; in Spanien und Italien sind es 60 bzw. 70 Prozent und in Ungarn sowie Griechenland die überwiegende Mehrheit. Auch für Deutschland wird ein nicht weiter bezifferter Umstellungsrückstand angegeben. In Fachkreisen kursiert inoffiziell eine Ziffer von bis zu 40 Prozent der deutschen Sauenhalter, die voraussichtlich im Laufe des kommenden Jahres eher ausscheiden, als dass sie die Investition riskieren. Das ist bei den auch in diesem Jahr wieder nicht kostendeckenden Ferkelpreisen nicht verwunderlich, aber auch bedauerlich, da häufig gerade kleinere und mittlere Betriebe betroffen sind. Laut Situationsbericht 2011 des Deutschen Bauernverbandes (DBV) ging die Zahl der Sauenhalter in Deutschland in den letzten zehn Jahren schon von 47.000 auf weniger als die Hälfte zurück.

„Abferkelbuchten" bleiben zum Leidwesen der Sauen erlaubt

Es kann und darf nicht Ziel von Tierschutzpolitik sein, die Produktion und damit die Probleme ins Ausland zu verlagern. Deshalb ist es besonders wichtig, dass die Verbesserungen EU-weit einheitlich eingeführt werden und auch für Importwaren gelten, damit die Tierhalter keinem unlauteren Wettbewerb ausgesetzt werden. Ein schlechtes Beispiel liefert derzeit die äußerst mangelhafte Umsetzung des Batteriekäfigverbots für Legehennen ab 1. Januar 2012 (siehe Bericht in diesem Heft).

Aber auch der Lebensmitteleinzelhandel muss künftig verantwortungsvoller handeln und Abstand nehmen von Billigimporten aus dem Ausland, wo weder Umwelt- noch Tierschutzauflagen noch Sozialstandards für die Arbeitnehmer gelten.

Sabine Ohm

Diese Haltung sollte uns lieb und teuer sein

Importprodukt Tierquälerei

Kaum noch eine Woche vergeht, ohne dass in den Medien auf die üblen Folgen der industriellen Intensivtierhaltung hingewiesen wird. Schon eine moderate Reduzierung der Tierdichte würde viel verbessern helfen, ohne dass gleich ein Stallumbau vorgenommen werden müsste. Warum also stellen die Bauern nicht einfach auf eine weniger intensive Haltung um? Weil der Handel mit Tierprodukten mittlerweile weltweit geschieht und weil der Tierschutz noch zu wenig Beachtung beim Handel findet.

Ein Gedankenspiel: Herr B. mästet Hühner. Die Konkurrenz ist stark und der Preisdruck unerbittlich. Darunter leiden nicht nur die Tiere, die in nur fünf Wochen intensiv gemästet werden. Auch dem Bauern stößt das Prinzip der industriellen Tierhaltung „wachse oder weiche" übel auf. Er will die Tierdichte in seinen Ställen freiwillig auf 16 statt der üblichen 24 Hühner pro Quadratmeter absenken. Dann hätten die Tiere mehr Bewegungsraum und würden die Einstreu weniger schnell mit Kot verkleben, die Luftqualität wäre besser, und die Hühner wären weniger krankheitsanfällig. Das wäre zwar noch keine konsequent artgemäße Hühnerhaltung, aber zumindest schon ein Fortschritt. Nur bräuchte der Bauer 23 Cent mehr pro Huhn, um sein Einkommen nicht zu schmälern. Wie aber soll er dann seine Tiere im Handel loswerden, wenn andere Mäster weiterhin 24 Hühner und mehr auf jedem Quadratmeter Stallfläche mästen? Und diese Mäster müssen nicht einmal in Deutschland arbeiten. Schon jetzt wird rund um den Globus massenhaft mit Produkten aus Massentierhaltung gehandelt. Für PROVIEH ein Grund mehr, in seinen Kampagnen nicht nur für eine bessere Tierhaltung in Deutschland zu kämpfen. Wir müssen die bereits erreichten Ziele – wie das Verbot der Käfighaltung von Legehennen oder die Umstellung auf eine kastrationsfreie Schweinemast – auch gegen den Druck eines weltweiten Freihandels mit Nahrungsmitteln verteidigen.

Massentierhaltung aus Übersee

In Südamerika kommen Maschinen „Made in Germany" gut an. Im Gegenzug haben diese Länder für den Handel mit Europa praktisch nur Agrarprodukte anzubieten. Sie haben sich zum gemeinsamen südamerikanischen Binnenmarkt Mercosur (Mercado Común del Sur, spanisch für „Gemeinsamer Markt des Südens") zusammengeschlossen und verhandeln mit der EU über ein Freihandelsabkommen. Europäische Industriegüter sollen von Importzöllen befreit werden, wenn im Gegenzug die EU-Einfuhrgrenzen für südamerikanische Agrarerzeugnisse fallen. Nach Informationen aus Kreisen der EU-Kommission erwartet PROVIEH, dass diese Verhandlungen spätestens ab dem Frühjahr 2012 zum Abschluss getrieben werden sollen. Zu befürchten ist, dass der Export von Technologie mit dem Import von Tierquälerei bezahlt werden soll. Der Druck ist groß.

Billige Flächen für den Futtermittelanbau gibt es in den Mercosur-Ländern mehr als genug, weil Kleinbauern vom Land vertrieben wurden und Regenwald weiterhin gerodet wird. Futtermittel machen den größten Kostenfaktor bei der Tierhaltung aus. Noch werden die erzeugten Sojabohnen megatonnenweise in europäischen Ställen verfüttert. Doch das wird sich ändern. Bereits jetzt schießen in Südamerika industrielle Tierhaltungsanlagen wie Pilze aus dem Boden. Die Lohnkosten sind im Vergleich zu Europa konkurrenzlos niedrig. Auflagen für Umweltschutz und tiergerechte Haltung sind kaum vorhanden. Und die global agierende Agrarindustrie hat Blut geleckt: So verlagerte der französische Geflügelkonzern Doux – Europas größter Hühnerschlachter – bereits einen Teil seiner Mastfabriken von Frankreich nach Brasilien. Das Fleisch verkauft er in Europa.

Raubbau und Massentierhaltung in Brasilien für billiges Fleisch

Der Handel muss handeln!

„Die Kunden wollen Billigfleisch." Hinter diesem Argument verschanzen sich die Vertreter des Lebensmitteleinzelhandels, wenn es um den Verkauf von Produkten aus tierquälerischer Haltung geht. Das ist unredlich, denn es herrscht ein Überangebot an Lebensmitteln, so dass am Massenmarkt fast nur noch das niedrigste Angebot die Nachfrage steigern kann. Die Handelsketten wissen das und locken seit Jahrzehnten ihre Kunden mit Billigpreisen für Fleisch und Wurst in ihre Läden. „Schweinebauch-Anzeigen" heißen die Lockangebote auf der Titelseite der Werbeblättchen im Branchenjargon. Doch PROVIEH wird nicht müde, in allen Gesprächen mit dem Einzelhandel die moralische Verpflichtung einzufordern, gewisse Waren einfach gar nicht erst anzubieten! „Choice editing" (engl. für „Angebotsselektion") heißt neudeutsch das Zauberwort, mit dem Händler Waren vom Markt verbannen, die für die Gesellschaft schädlich sind. Der Handel muss handeln, fordert PROVIEH. Nur wer Produkte aus Tierquälerei Schritt für Schritt auslistet, verdient das Vertrauen seiner Kunden. Und dazu gehört auch, Produkte mit Käfigeiern aus Polen oder Qualfleisch aus Übersee konsequent zu ächten.

Ob ein Masthuhn in Brasilien oder in Bayern leiden musste, um als Filet auf deutschen Tellern zu enden, ist für das gequälte Tier letztlich egal. Das Wohl der Tiere, von denen wir Menschen leben, darf nicht auf dem Altar globaler Handelsinteressen geopfert werden. Dafür kämpft PROVIEH.

Stefan Johnigk

Theoretisch kann die Erde sieben Milliarden Menschen und mehr ernähren!

Ende Oktober 2011 verkündete die UNO, dass die Weltbevölkerung die Sieben-Milliarden-Marke überschritten hat. 2050 soll die Menschheit auf neun Milliarden angewachsen sein, wenn sich an der Wachstumsdynamik nichts verändert.

Momentan gilt noch, dass an Nahrungsmitteln kein Mangel herrscht, global betrachtet. Gleichmäßig verteilt, könnte jeder Mensch täglich genug Essen auf dem Teller haben für seine gesunde Ernährung. Doch die Teller sind sehr ungleich gefüllt. 925 Millionen Menschen hungern zurzeit, verkündete die Welternährungsorganisation FAO vor Kurzem. Gleichzeitig leiden rund 20 Prozent der Weltbevölkerung an Übergewicht. Das sind 1,5 Milliarden Menschen, die überwiegend in den Industrienationen leben.

Eine einfache Erklärung für den Hunger und seine Entstehungsgründe gibt es nicht. Zu den Ursachen zählen Armut, Verschuldung, Kriege, Naturkatastrophen, wirtschaftliche Ausbeutung und nicht zuletzt eine oftmals verfehlte Agrar- und Handelspolitik.

Hinzu kommt, dass ein wachsender Anteil der Agrarproduktion heute nicht mehr der menschlichen Ernährung dient, sondern verfüttert oder zu Treibstoffen verarbeitet wird oder einfach verdirbt oder im Abfall landet.

Verschärft wird die Lage seit 2008 durch das sogenannte „Landgrabbing", eine neue Form der Landnahme. Zu den Käufern oder Pächtern gehören Länder ohne ausreichende Ernährungsbasis wie China, Indien und die Golfstaaten, aber auch Konzerne und Hedgefonds. Ziel ist entweder die Sicherung der heimischen Ernährungsbasis oder im Fall der privaten Investoren die Spekulation auf Gewinne.

Selbstverständlich führen auch Naturkatastrophen wie Dürren, Wirbelstürme (Orkane, Hurrikane und Taifune) oder Überschwemmungen zu Hungersnöten. Davon sind heute allerdings „nur" rund zehn Prozent der Hungernden betroffen.

Wo hungern die Menschen?

Unser Bild des Hungers ist stark mit Afrika verbunden. Dort lebt südlich der Sahara mehr als ein Viertel aller hungernden Menschen. Besonders schlimm ist die Situation in Burundi, Eritrea, Tschad und der Demokratischen Republik Kongo. Doch in das Gedächtnis eingeprägt haben sich Hungersnöte wie jene in der Sahelzone und in Äthiopien in den 1970er Jahren, welche 50 Millionen Menschen betraf und eine Million Todesopfer forderte. Dennoch ist die Gleichung «Hunger gleich Afrika» falsch. Der eigentliche Hungerkontinent ist Asien. Dort leben über eine halbe Milliarde chronisch unterernährter Menschen, davon über 200 Millionen allein in Indien, wo laut UNICEF täglich rund 4.500 Kinder sterben. In China hungern 150 Millionen.

Die wichtigsten Hungerursachen sind meist eine verfehlte Agrar- und Handelspolitik. Je vernünftiger die Politik ist, desto geringer ist auch das Hungerrisiko. In dieser Hinsicht haben Länder wie Angola, Ghana, Mosambik, Niger, Nicaragua und Vietnam seit 1990 wichtige Erfolge beim Kampf gegen den Hunger erzielen können. Äthiopien, das gegenwärtig im Tiefland von einer schlimmen Hungersnot betroffen ist, kann im Hochland sehr gute Fortschritte bei der Ernährungssicherung erzielen.

Landjugend in Afrika

Wer hungert und warum?

Paradoxerweise leben die meisten Hungernden auf dem Land, und damit ausgerechnet dort, wo Nahrung produziert wird. 50 Prozent aller Hungernden sind Kleinbauern, die sich von dem, was sie auf ihrem kleinen Land für den Eigenbedarf oder den Verkauf anbauen, nicht ausreichend ernähren können. 20 Prozent der Hungernden sind Landlose, Landarbeiter oder auch Dorfhandwerker. An dritter Stelle mit ebenfalls 20 Prozent stehen die städtischen Armen, Tendenz steigend. Mit acht Prozent die kleinste Gruppe sind diejenigen, die für ihr Überleben direkt von natürlichen Ressourcen abhängen, beispielsweise Fischer oder Hirten.

Wer keinen Zugang zu Wasser, Land oder Einkommen hat oder nur selten Zugang zu Märkten, Krediten oder Agrarberatung, wer immer zu geringe Preise für seine Produkte erzielt oder schlimmer noch den Wettbewerb mit hochsubventionierten Agrarprodukten aus den Industrieländern verliert – der kann sich aus eigener Kraft nicht aus der Armutsfalle befreien.

Wenn arme Kleinbäuerinnen und Kleinbauern unterstützt werden auf ihrem Weg zu einer wirtschaftlich, ökologisch und sozial nachhaltigen bäuerlichen Landwirtschaft, dann ist das einer der wichtigsten Hebel zur Steigerung der Nahrungsmittelproduktion und damit zur Überwindung von Hunger und Armut in der Welt. Die Tragfähigkeit dieses Konzepts haben Entwicklungsinstitutionen inzwischen mit Hunderten von Feldversuchen in Afrika, Asien und Lateinamerika demonstriert. Doch an einer solchen Landwirtschaft kann das globale Agrobusiness nichts verdienen. Deswegen wird sie durch die mächtigen Institutionen der Welt nicht gefördert.

Eine nachhaltige Lösung des Hungerproblems wird es nur mit starken, demokratischen Staaten geben können, wie es Amartya Sen, der indische Ökonom und Nobelpreisträger, in seinem Buch „Ökonomie für den Menschen" nachgewiesen hat. Bisher habe es in keinem Land mit einer Mehrparteienregierung und freier Presse jemals eine Hungersnot gegeben.

Susanne Kopte

Grüne Gentechnik

Eine Technologie des Versagens

Gentechnik auf dem Acker – das ist eine Geschäftsidee von Chemiegiganten, die sich mittlerweile auch zu Saatgutgiganten gemacht haben. Diese Riege wird angeführt von Monsanto (USA), gefolgt von DuPont (USA) und Syngenta (Schweiz), die zusammen schon 47 Prozent Anteil am weltweiten Saatgutgeschäft haben. Sie bezeichnen ihre Geschäftsidee gern als Grüne Gentechnik, die als Fortführung der Grünen Revolution die Erträge erhöhe und den Einsatz von Ackergiften verringere. Was mehr könnte man für die wachsende Weltbevölkerung tun?

Heute könnte man eher fragen: Was könnte man mehr zum Schaden der Weltbevölkerung tun? Der Alltag der Geschäftsidee sieht von Jahr zu Jahr grauenvoller aus. Die Erträge sinken, der Einsatz von Ackergiften steigt, und schon wurden Leben, Gesundheit und die Lebensgrundlage vieler Menschen ruiniert. Ein Heer von Anwälten sorgt für die Eintreibung von Patentgebühren, denn die Giganten meldeten ihre gentechnisch veränderten Pflanzen als Patente an, um mit dem Verkauf von deren Saatgut jährlich auch Patentgebühren einzutreiben. Besonders schlimm treibt es Monsanto.

Man hoffte, mit den gentechnisch veränderten Pflanzen wie Mais, Weizen, Baumwolle und anderen „cash crops" riesige Monokulturen ohne Fruchtwechsel anbauen zu können. Dazu bekamen Mais und Baumwolle Gene von Bacillus thuringiensis (Bt), damit sie Gifte gegen wichtige Schadinsekten lebenslang in allen Pflanzenteilen selbst produzieren, und Soja und andere Nutzpflanzen wurden gentechnisch resistent gegen das Monsanto-Pestizid Roundup gemacht, das alle Unkräuter vernichtet, nur die gentechnisch veränderten RR-Pflanzen nicht (RR für Roundup-Ready – resistent gegen Roundup).

Dass das Konzept der Giganten nicht aufgehen kann, war von Anfang an klar. Ohne Fruchtwechsel können sich tierische und pflanzliche Schädlinge massenhaft vermehren, und wenn sie immer wieder mit gleichen Giften bekämpft werden, gibt es irgendwann Überlebende, die zu Gründern giftresistenter Populationen werden, ganz wie früher bei DDT geschehen. Werden stärkere Gifte eingesetzt, wiederholt sich der Vorgang, und je häufiger dies geschieht, desto mehr werden die Schädlinge unbekämpfbar.

Schon jetzt sind die Folgen dieser Katastrophe sichtbar. Der Leidensdruck von Menschen, die von den Monokulturen oder in ihrer Nachbarschaft leben, hat schon das Ausmaß der Verzweiflung angenommen. Die wirtschaftlichen Erträge fallen in den Keller. Die Scham, unter solchen Bedingungen die Familie nicht mehr ernähren zu können, hat schon 200.000 Bauern des indischen Anbaugebiets für Bt-Baumwolle in den Freitod getrieben (siehe Greenpeace, GMWatch und India GMinfo). In Südamerika, in Gebieten mit riesigen Monokulturen von RR-Soja, lässt der steigende Einsatz von Roundup und anderen Herbiziden die Raten von Totgeburten und von schweren Missbildungen bei Neugeborenen beunruhigend steigen. So fanden die Ärztin Stella Benitez-Leite und zwei

Der Einsatz des Pestizids Glyphosat steht im Verdacht, Missbildungen zu verursachen

Kolleginnen in einer betroffenen Region in Paraguay heraus, dass von 2.141 Neugeborenen 52 erhebliche Missbildungen aufwiesen, das ist eine Missbildungsrate von über zwei Prozent. Zu den besonders schweren Missbildungen gehörte die Anenzephalie (Schädeldecke nicht ausgebildet, Tod nach wenigen Tagen). Die meisten Missbildungen traten im September auf, acht bis neun Monate nach dem südlichen Hochsommer.

Der argentinische Entwicklungsbiologe Andrés Carrasco konnte beim Frosch Xenopus und beim Küken ähnliche Missbildungen erzeugen, indem er frühe Embryonen mit Roundup oder seinem Hauptwirkstoff Glyphosat behandelte. Die Missbildungen entwickelten sich schon bei einer Giftkonzentration, die 1/5000 der eingesetzten landwirtschaftlichen Dosis betrug. Carrasco gelang es sogar, den Prozess der Missbildung an Kopf und Wirbelsäule biochemisch zu erklären und zu zeigen, dass menschliche Embryonen die gleichen Voraussetzungen für die Entwicklung der gleichen Missbildungen erfüllen. Wie nicht anders zu erwarten, findet Monsanto willige „Wissenschaftler", die die Erkenntnisse in Bausch und Bogen abstreiten.

Mit RR-Soja („Gensoja"), die massenhaft unter den so schrecklichen Bedingungen in Nord- und Südamerika produziert wird, füttern wir in Europa die Tiere unserer Massenhaltungen. Alternativen zu RR-Soja werden selten, weil Lieferungen von konventioneller Soja absichtlich oder unabsichtlich mit RR-Soja verunreinigt werden. Mit diesem Verschmutzungstrick arbeitet Monsanto schon lange.

Schon das Leid, das durch die Erzeugung von RR-Soja angerichtet wird, ist für PROVIEH ein gewichtiges Argument gegen die industrielle Massentierhaltung und für die ökologische Landwirtschaft, wie sie Felix zu Löwenstein in seinem Buch vorstellt, das in diesem Heft rezensiert wird. Ein Hoch auf Fruchtfolge und traditionelle Zucht, den bewährten Alternativen zu Monokulturen und Grüner Gentechnik.

Sievert Lorenzen

„Moderne Landwirtschaft“ bedroht die Bienen

Die Honigbiene (Apis mellifera) gilt nach Rind und Schwein als das drittwichtigste Nutztier des Menschen. Nutzpflanzen wie Raps und die vielen Gemüse- und Obstpflanzen sind auf Insektenbestäubung angewiesen, die zu 80 Prozent von den Honigbienen und zu 20 Prozent von Wildbienen (einschließlich Hummeln) und anderen Tieren geleistet wird. Fehlt die Honigbiene, fehlen auch 80 Prozent der Erträge von insektenbestäubten Pflanzen. Getreide wird vom Wind bestäubt und ist deshalb unabhängig von Bienen. Trotz ihrer Bedeutung wird die Honigbiene von der industriellen Agrarwirtschaft stark bedroht.

Ein Imker gewinnt gegen Monsanto

Imker Karl Heinz Bablok ist hartnäckig. Im Umfeld seiner Bienen baute die Bayerische Versuchsanstalt für Landwirtschaft 2005 den gentechnisch veränderten Mais MON 810 (von der Firma Monsanto) zu Forschungszwecken an. Bablok befürchtete, dass Pollen von diesen Pflanzen als „Verschmutzung“ auch in den Honig gelangt sein könnten, den seine Bienen eingetragen haben. Er ließ Proben von seinem Honig untersuchen, und tatsächlich enthielten sie geringe Mengen der befürchteten Pollen. Also durfte er seinen Honig weder verschenken noch verkaufen und musste seine Ernte auf eigene Kosten in der Müllverbrennungsanlage vernichten lassen. Er verklagte den Freistaat Bayern auf Schadensersatz, bekam aber keinen. Mit Hilfe des ökologischen Imkerverbandes Mellifera e.V. und anderen Unterstützern gelang es Bablok, den Rechtsstreit bis zum Europäischen Gerichtshof (EuGH) zu führen. Dessen Urteil fiel am 6. September 2011 zu Babloks Gunsten aus, obwohl der Saatgutgigant Monsanto als Prozessbeteiligter versucht hatte, ein solches Urteil zu verhindern.

Laut Urteil unterliegt Honig, sobald er auch nur Spuren von gentechnisch veränderten Organismen enthält, dem europäischen Gentechnikrecht und darf dann nicht mehr ohne ausdrückliche Zulassung in Verkehr gebracht werden. Er muss also vernichtet werden, und Bablok kann endlich seinen Schadensersatzanspruch gegen den Freistaat Bayern durchsetzen.

Honig aus Südamerika ist am häufigsten belastet

Honig hat einen guten Ruf als reines Naturprodukt, Nahrungs- und Heilmittel. Durchschnittlich erwirtschaftet ein Imker in Deutschland 20 bis 30 Kilogramm Honig je Bienenvolk und Jahr, doch damit wird unser Honigbedarf nur zu etwa 20 Prozent gedeckt. Die restlichen 80 Prozent werden aus der Europäischen Union und zum Beispiel aus Südamerika importiert. Den meisten Honig importierte Deutschland 2010 aus Argentinien (21.904 Tonnen) und Mexiko (12.977 Tonnen). In beiden Ländern werden gentechnisch veränderte Pflanzen schon seit Jahren angebaut. Es überrascht daher nicht, dass die Zeitschrift Öko-Test 2009 in fast jeder zweiten Probe aus Importhonig, den der deutsche Einzelhandel anbietet, Pollen von gentechnisch veränderten Pflanzen fand. Damals wurde noch bestritten, dass ein solcher Honig unter das Gentechnikrecht fällt. Das hat sich nach dem jetzigen Urteil geändert, und dass stellt südamerikanische Imker, die für den Export produzieren, natürlich vor Probleme.

Den Bienen wird die Nahrung knapp

Agrarindustrie lässt Bienenvölker sterben

In Deutschland hat sich die Zahl der Imker in den letzten fünfzig Jahren auf etwa 90.000 Imker halbiert. Sie halten rund 750.000 Bienenvölker. Obwohl der Hobbyimkerei der Nachwuchs weitgehend fehlt, sorgt vor allem die Agrarindustrie für den Rückgang der Bienen. Im Mai 2008, nach der Aussaat von Mais, kam es im Oberrheingraben zu einem gewaltigen Bienensterben. Als Ursache wurde ermittelt: Die Maiskörner waren mit dem Beizmittel Poncho Pro der Firma Bayer gebeizt worden, und mit dem Staub beim Säen gelangte dieses Gift über die Blüten und deren Nektar auch in Bienen und tötete diese.

Schädlich für die Honigbiene und die Wildbienen sind auch die riesigen Monokulturen von Mais, Weizen, Raps und Zuckerrüben, die ganze Landschaftsbilder bestimmen. Einige für Bienen wichtige Nutzpflanzen wie Klee, Luzerne und Ackerbohne werden heute kaum noch angebaut. Wiesenblumen und Kräuter werden entweder mit Pestiziden in Schach gehalten, die für die Bienen zum Teil sehr gesundheitsschädlich sind, oder sie werden frühzeitig abgemäht, um Silage für das Vieh zu ernten. Für die Bienen bleibt hauptsächlich der Raps als Nahrungsquelle, aber der blüht nur wenige Wochen im Jahr. Und dann? Für viele Imker gibt es kaum noch ganzjährig gute Standorte für die Bienen. Eine einseitige Ernährung schwächt zudem das Immunsystem der Bienen und macht sie anfällig für Krankheiten und Schädlinge. Der mit Abstand gefährlichste Parasit ist die aus Asien eingeschleppte Varroa-Milbe, die bei den Völkern erheblichen Schaden anrichtet. Leiden Bienenvölker unter diesem Parasiten, überstehen sie oft den Winter nicht.

Für die Arbeit von Honigbienen gibt es keinen Ersatz außer Wildbienen, die wegen der agrarindustriellen Maßnahmen auch schon selten geworden sind. Wir brauchen die Bienen. Schon deshalb müssen wir alles tun, um sie zu schützen, und auch aus diesem Grunde brauchen wir den Wandel von der Agrarindustrie zur bäuerlichen Landwirtschaft.

Christina Petersen

Reform der europäischen Agrarpolitik – die Richtung stimmt, aber die Pläne greifen zu kurz

Die Debatte um die künftige Gestaltung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) hat an Fahrt aufgenommen, seit die EU-Kommission ihren Vorschlag am 12. Oktober 2011 offiziell vorstellte. Greifen soll die neue Agrarpolitik ab der nächsten siebenjährigen Finanzplanungsperiode (2014 bis 2020). Während die ersten Entwürfe eine grüne Revolution der Agrarpolitik und mehr Verteilungsgerechtigkeit versprachen, bleibt der jetzt vorgelegte Entwurf weit hinter den Erwartungen zurück.

Die GAP bleibt ungerecht

Landwirte der zwölf sogenannten Beitrittsländer, die der EU 2004 bzw. 2007 beitraten, bekommen zurzeit viel weniger Direktbeihilfen als solche der übrigen EU-Länder. Das rechneten Vertreter aus Beitrittsländern in einer Aussprache zwischen Mitgliedern des Europäischen Parlaments, den Agrarministern und dem EU-Agrarkommissar Ciolos am 7. November 2011 im Europäischen Parlament (EP) vor. Der polnische Abgeordnete Wojciekowski zog beispielsweise einen Vergleich zwischen Dänemark und Litauen (mit etwa gleichgroßen Ackerflächen), der belegt: Dänische Bauern bekommen 2011 insgesamt 942, ihre litauischen Kollegen nur 396 Millionen Euro in Form von Flächenprämien, und 2019 würden sie nach den derzeitigen Plänen 909 bzw. 458 Millionen Euro bekommen. Beitrittsländer würden also selbst am Ende der Planungsperiode immer noch mit Prämien knapp über 50 Prozent des Westniveaus abgespeist. Diese krasse Benachteiligung würde weiterhin das Höfesterben und den Strukturwandel hin zu agrarindustrieller Produktion vorantreiben.

Deutsche Regierung kämpft gegen Obergrenzen für Großbetriebe

Ursprünglich sollten die Agrarsubventionen nicht nur zwischen den einzelnen Mitgliedsstaaten, sondern auch innerhalb der Länder gerechter aufgeteilt werden. Leider ist auch davon nicht mehr viel zu spüren. Zwar sollen die Zahlungen künftig begrenzt werden, was gerade in Deutschland auf heftigen Widerstand stößt. Doch die Staffelung (ab 150.000 Euro) mit der geplanten Obergrenze (300.000 Euro) würde laut Aussage des grünen Europaparlamentariers Martin Häusling nur bei etwa 1 Prozent der Betriebe greifen.

Fest steht: Bisher kassieren die 20 Prozent größten „Agrarunternehmen" – dazu zählten auch Industrieunternehmen wie die Südzucker AG, RWE etc., aber auch viele industrielle Massentierhaltungsbetriebe – insgesamt über 80 Prozent der Gelder. Laut einer Studie des Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland (BUND) vom August 2011 wurde die industrielle Produktion von Geflügel- und Schweinefleisch in Deutschland in den Jahren 2008 und 2009 mit je über einer Milliarde Euro subventioniert, wobei der Futtermittelanbau (zum Beispiel Mais) mit 950 Millionen Euro den größten Anteil an der Förderung ausmachte. Der Bau großer Mastställe wurde nach Berechnungen des BUND mit 80 Millionen Euro direkt aus EU-, Bundes- und Landesmitteln bezuschusst.*

Subventionsempfänger

Ist die GAP ihr Geld wert?

Das angestrebte Ziel einer "gerechteren und grüneren Landwirtschaft" kann durch die vorgeschlagenen Neuerungen kaum erreicht werden, denn als förderungswürdig sollen ab 2014 auch solche Betriebe gelten, die im Rahmen ihrer „dreifachen Fruchtfolge" auf 70 Prozent ihrer Ackerfläche ein und dieselbe Sorte anbauen. Die vorgesehene Knüpfung der Flächenprämien an Umweltauflagen, zu denen auch der Nachweis von sieben Prozent ökologischer Vorrangflächen gehört, wird von vielen Politikern und Bauernvertretern als übermäßige Belastung der Landwirte und als Bürokratisierung kritisiert.

Aber darf man Subventionen in Milliardenhöhe austeilen und noch weniger als bisher kontrollieren? Und wer soll empfangsberechtigt sein? Die geplante Definition der Kommission des „aktiven Landwirtes" stößt bei vielen ebenfalls auf Kritik.

Manchen Mitgliedsstaaten sind die Agrarsubventionen insgesamt ein Dorn im Auge – entsprechend umstritten ist die Höhe des künftigen Agrarbudgets. Dieses Jahr betragen die Agrarausgaben 53 Milliarden Euro, etwa 40 Prozent des gesamten EU-Haushalts. Der Löwenanteil von über 70 Prozent wird in Form von Direktzahlungen (Flächenprämien) ausgezahlt. Etwa 20 Prozent werden über die „zwei-

* Die Studie „Subventionen für die industrielle Fleischerzeugung in Deutschland", R. Behning, C. de Andrade finden Sie unter www.bund.de oder Sie fordern sie in der PROVIEH-Geschäftsstelle gegen eine Versandkostengebühr an.

te Säule" für die „Förderung des ländlichen Raumes" zugeteilt, wobei mit diesen Geldern unter dem Deckmantel der „Förderung der Wettbewerbsfähigkeit" in den letzten Jahren tausende industrielle Hühner- und Schweinemastanlagen gefördert wurden. Das alles kostet jeden EU-Bürger vom Baby bis zum Greis 30 Cent pro Kopf und Tag oder 109,50 Euro im Jahr – viel Geld, das momentan größtenteils in die falschen Taschen fließt.

Ursprünglich hatte sich der federführende EU-Agrarkommissar Ciolos bei den Reformen viel vorgenommen. Rückhalt dafür bekam er durch umfangreiche Befragungen und Beteiligung der Zivilgesellschaft in der Entwurfsphase (2010/2011). Dabei hatte sich eine Mehrheit für die Unterstützung tier- und umweltfreundlicher Landwirtschaft ausgesprochen. Ciolos enttäuschte nun die große Zahl derjenigen, die für eine Wende in der Agrarpolitik eintreten, besonders die Tierschützer. Denn im Entwurf wurden sogar einige tierschutzrelevante Fördermaßnahmen ersatzlos gestrichen und, neue Anreize für eine tiergerechte Produktion sind nicht vorgesehen. Das angebliche Ziel einer „nachhaltigen" Landwirtschaft steht also im Widerspruch zur Förderung der Massentierhaltung, die zu vielfältigen Schäden führt. Einen Überblick über die negativen Auswirkungen der Tierfabriken liefert ein Positionspapier von PROVIEH.*

Eine andere GAP ist möglich – und nötig!

Tausende renommierte Wissenschaftler aus aller Welt warnen inzwischen vor den Folgeschäden der industriellen Landwirtschaft. Sie versuchen den Politikern klarzumachen, dass nur eine ökologische Landwirtschaft die Welt mittel- und langfristig ernähren und den dringend notwendigen Beitrag zum Erhalt der natürlichen Ressourcen wie Wasser, Böden und der Artenvielfalt leisten kann. Besonders kritisch ist die Ausbreitung von Futtermittelmonokulturen (siehe Artikel über Gensoja in diesem Heft). Auch die fortschreitende Boden- und Gewässerverseuchung durch Überdüngung mit Gülle ist dramatisch. Das zeigt zum Beispiel die Grünalgenpest in der Bretagne, einer der Schweinemasthochburgen Europas. Die EU-Kommission erwägt in diesem Fall eine Klage gegen Frankreich wegen Untätigkeit. Für Anwohner sind die Keim- und Staubbelastungen der Tierfabriken gesundheitsgefährdend und die Gesundheit der Menschen dort wird durch Zoonose-Risiken und Antibiotika-Resistenzen aufs Spiel gesetzt. All dies wären gute Gründe, die Agrarsubventionen nicht halbherzig an Umweltauflagen zu binden, sondern die Reform als Chance für ein echtes Umsteuern hin zu einer sozialen, umwelt- und tierfreundlichen Landwirtschaft zu nutzen. Denn nur die verantwortungsvolle Landwirtschaft in gesunden ländlichen Räumen kann die Lebensgrundlage für Menschen und Tiere langfristig erhalten. Die Landwirte, die sich hierfür einsetzen, sollten mit EU-Geldern gefördert werden, denn bisher werden ihre Dienste für die Gesellschaft auf den Märkten nicht vergolten.

Umweltzerstörung aus Steuergeldern finanziert

Was will Europa: Landwirtschaft oder Industrie?

PROVIEH wird sich weiterhin gemeinsam mit seinen Bündnispartnern auf EU-Ebene für Nachbesserungen der Reformpläne einsetzen und den Druck auf die deutsche Bundesregierung erhöhen, damit sie ihren Blockadekurs aufgibt. Statt die von der Bevölkerung gewünschte tier- und umweltfreundliche Landwirtschaft zu fördern, setzt sie sich in Brüssel vor allem gegen die Kappung der Subventionszahlungen und gegen die Umweltauflagen ein, damit die agrarindustriellen Betriebe ihre Pfründe nicht verlieren. Während die Beitrittsländer um die Einhaltung des straffen Zeitplans für die Reformen bangen, geben sich deutsche Politiker unverhohlen entspannt: Sollte die Einigung nicht rechtzeitig zustande kommen, werden die Agrarhilfen nach dem bestehenden System weiter gezahlt. Da käme Deutschland, mit 13 Prozent aller Agrarsubventionen zweitgrößter Empfänger nach Frankreich (20 Prozent), gut weg.

Gegen diese Politik des „Weiter so" wird am 21. Januar 2012, während der Internationalen Grünen Woche in Berlin, wieder eine große Demonstration unter dem Motto „Wir haben es satt" stattfinden. Zu den Organisatoren gehört auch PROVIEH. Wir laden Sie alle herzlich zur Demonstration ein (siehe Aufruf in diesem Heft), denn unser Essen geht uns alle an. Wir müssen den Politikern zeigen, dass wir den Raubbau an Natur, Tieren und unserer Gesundheit nicht länger tolerieren werden.

Sabine Ohm, Europareferentin

* Das Positionspapier „Mythenblatt zur Nutztierhaltung" finden Sie auf provieh.de oder Sie wenden sich an die Geschäftsstelle, wir helfen gern weiter.

Geflügelwirtschaft unter Druck

Für Mastputen gibt es in Deutschland noch keine rechtsverbindlichen Haltungsvorschriften. Die Putenhalter orientieren sich an freiwilligen „Eckwerten", die zurzeit überarbeitet werden. Für das Bündnis der deutschen Tierschutzbewegung nahmen Dr. Jörg Styrie vom Bundesverband Tierschutz e.V., Torsten Schmidt vom Bund gegen Missbrauch der Tiere e.V. und Stefan Johnigk von PROVIEH e.V. an den Beratungen teil. Zwischen den Tierschützern und den Vertretern der Geflügelwirtschaft besteht zumindest Einigkeit, dass die Verhältnisse in der Putenmast verbessert werden müssen. Das allein ist schon bemerkenswert. Wie aber eine Verbesserung aussehen soll und welche konkreten Schritte dazu unternommen werden müssen, wurde kontrovers verhandelt.

Aus Sicht von PROVIEH müssen zunächst die offenkundigen qualvollen Schäden und Eingriffe bei den Tieren verringert werden. So leidet zum Beispiel ein dramatisch hoher Anteil der Puten unter schmerzhaften Entzündungen der Fußballen, und fast alle Puten in Deutschland werden durch Amputation der Schnabelspitze zu Krüppeln gemacht. Es macht keinen Sinn, sich über Platzbedarf und Stallgestaltung zu streiten, solange diese eklatanten Missstände nicht an der Wurzel behoben werden. Mastgeflügel muss in einer Weise gehalten werden, dass das Auftreten von Schäden wie Fußballenentzündungen und Verhaltensstörungen vermieden wird. Das ist Gesetz in Deutschland. Wie es im Einzelnen umgesetzt wird, liegt letztlich in der Verantwortung der Tierhalter. Es reicht nicht, dass Veterinärbehörden die Schäden nur routinemäßig messen und zu einem harten Bewertungskriterium machen. Auch Fleischerzeuger und Handel müssen Verantwortung übernehmen. Das ist das Mindeste, was geschehen muss, findet PROVIEH, und dafür setzt sich der Fachverband bei den Verhandlungen ein.

Antibiotikamissbrauch entdeckt

Nutztierhalter müssen die Behandlung ihrer Tiere und den Erwerb der dazu nötigen Arzneimittel dokumentieren, etwa in einem Bestandsbuch. Bei der Auswertung der Bücher von 182 Hühnermastbetrieben in Nordrhein-Westfalen (NRW) zeigte sich, dass in 83 Prozent von 962 erfassten Mastdurchgängen antibiotisch wirksame Medikamente eingesetzt wurden. Antibiotika würden in der deutschen Geflügelhaltung ausschließlich im konkreten Krankheitsfall und nur auf Anordnung eines Veterinärs verabreicht, erklärte dazu Thomas Janning, der Geschäftsführer des Zentralverbandes der deutschen Geflügelwirtschaft (ZDG). Also sind in NRW rund 80 Prozent aller Masthühner der Gedrängehaltung mindestens einmal ernsthaft krank? Oder werden die Antibiotika aus anderen Gründen eingesetzt? Wie auch immer, es ist allerhöchste Zeit, die krank machenden Ursachen zu bekämpfen, findet PROVIEH.

Es geht auch anders: Pro- statt Antibiotika

Viel Verbesserungspotenzial liegt in den Betrieben selbst. Die Erfahrung und das Wissen eines Tierhalters sind die Grundlage für jede vernünftige Tierhaltung. Je besser diese Grundlage ist, desto besser kann es den Masthühnern auch unter den drangvollen Verhältnissen der Intensivmast gehen. Wir besuchten einen konventionellen Hühnermäster, der nur äußerst selten Antibiotika einsetzt. Er pflegt unkonventionelle Methoden und setzt auf Probiotika und nicht auf Antibiotika. Seine Küken bekommen eine Einstreu aus milchsauer vergorenem Maishäcksel statt – wie sonst üblich in der Branche – Stroh, Sägespäne oder Pellets aus abgeernteten Maiskolben. Die säuerliche Silage lädt die Hühner nicht nur zum Scharren und Zupfen ein, sie wird auch gefressen und entfaltet eine ähnlich verdauungsfördernde Wirkung wie Sauerkraut. Denn die Milchsäurebakterien hemmen die Ausbreitung anderer, krankheitserregender Darmkeime, so dass die vielen tausend Tiere des Bestands viel seltener als sonst an Durchfall erkranken. Sägespäne streut der Halter nach Bedarf von Hand aus, um für trockene Einstreuverhältnisse zu sorgen, vor allem unter den Tränke-Rinnen. Das hilft, schmerzhafte Entzündungen der Fußballen zu verhindern.

Stefan Johnigk

Den Wirtschaftsinteressen ausgeliefert

INFOBOX

PROVIEH hilft beim Aufbau artgemäßer Hühnerhaltung in Ruanda

Die Ruanda-Stiftung unterstützt Bildungsprojekte in verarmten, dörflichen Regionen Ruandas. Sie hilft den Familien der beteiligten Schulkinder auch beim Aufbau einer Subsistenz-Landwirtschaft, zum Beispiel einer kleinbäuerlichen Hühnerhaltung. PROVIEH hat diese Aktivitäten zum Partnerprojekt der Kampagne „Bauernhahn statt Turbohuhn" gemacht (siehe PROVIEH-Magazin 01/2011). Bei einer Benefiz-Aktion im Rahmen der ‚Kulturellen Landpartie 2011' im Wendland versteigerten die Nutztierschützer einen Hühnerstall für den eigenen Garten zugunsten der Ruanda Stiftung. Am 14.11.2011 fand die Übergabe der Spenden statt: Inmitten einer Herde von Bio-Legehennen überreichte Geschäftsführer Stefan Johnigk dem Stifter Christian Schleuning symbolisch ein goldenes Ei im Wert von 1.340 Euro. Gute Hühnerhaltung will gelernt sein. Deshalb brüten Stiftung und Tierschutzverein ein neues Projekt aus: Mit Hilfe von anschaulichen Bildern und Piktogrammen soll das Grundwissen um eine artgemäße, gesunde Hühneraufzucht auch für Menschen mit niedrigerem Bildungsstand erlernbar gemacht werden. Wir dürfen gespannt sein, ob sich diese Broschüre auch für Deutschland eignet.

Für ein Leben vor dem Tod –

PROVIEH fordert „Mindestlohn“ für Nutztiere

Wer in Deutschland einen Vollzeitjob erfüllt, soll damit zumindest seinen Lebensunterhalt angemessen bestreiten können, ohne Armut zu erleiden. Er trägt seine kostbare Lebenszeit zu Markte und muss dafür gewürdigt und respektiert werden. Diese Haltung findet Zustimmung in breiten Teilen der Bevölkerung und ist nun auch in der konservativen Bundesregierung angekommen. Für unsere Bundeskanzlerin gehe es bei dieser Frage um nichts weniger als „um die Würde der Arbeit“, so ein Regierungssprecher. „Wir erleben eine logische Weiterentwicklung innerhalb der Sozialen Marktwirtschaft, denn die Frage ist in der Tat nicht, ob man eine Lohnuntergrenze braucht, sondern wie sie ausgestaltet ist, wie sie gefunden wird“, sagte Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen im Deutschlandfunk. Doch welchen Mindestlohn billigen wir denen zu, die für uns Jahr für Jahr millionenfach ihr Leben lassen, unseren Nutztieren nämlich? Hier geht es nicht nur um die Würde der Arbeit. PROVIEH sieht in der industriellen Tierhaltung die Würde des Lebens in Frage gestellt.

Wenig Grund für Freudensprünge

Eine wachsende Zahl von Menschen stellt schon das Töten von Tieren an sich grundlegend in Frage und reduziert als Antwort den Konsum tierischer Erzeugnisse drastisch, bis hin zu einer veganen Lebensweise. Doch Nutztiere werden nicht nur getötet, um unseren Hunger nach Fleisch, Lederschuhen oder Gummibärchen zu stillen, sondern sie werden in der industriellen Intensivtierhaltung auch systematisch um ihr Leben betrogen, indem ihre angeborenen Bedürfnisse rigoros dem Diktat wirtschaftlicher Interessen geopfert werden. Immer mehr Menschen – ungeachtet ihrer Ernährungsweise – fühlen sich abgestoßen von dieser unwürdigen und beschämenden Weise, wie Nutztiere als reine Produktionsmittel missbraucht und ausgebeutet werden.

Würde man die Jahrtausende alte Beziehung zwischen Mensch und Nutztier als Vertrag auf Gegenseitigkeit betrachten, so bringt der tierische Vertragspartner das wertvollste Gut ein, was er besitzt: Sein Leben und seine Freiheit. Als Gegenleistung dafür verspricht der Mensch, das Tier zeitlebens nach besten Kräften vor all dem Elend zu schützen, das der Kampf ums Dasein für ein Wildtier mit sich bringt: Hunger und Krankheit, Parasiten und Räuber, Dürre und Frost. Doch einen solchen Vertrag gibt es aus zwei Gründen nicht: Das Tier wurde nie um Zustimmung gefragt, und der Mensch bleibt seine Gegenleistung schuldig, weil er den Tieren der Intensivtierhaltung ein verhaltensgerechtes Leben verwehrt. Faire Preise für die Bauern und ein anständiges Leben vor dem Tod für die Tiere: Das wäre der „Mindestlohn“ in einer wirklich modernen Tierhaltung, fordert PROVIEH.

Stefan Johnigk

Nutztierschutz

Ein Beitrag zu Umwelt- und Klimaschutz

Hier wird Klima gemacht

Die Menschheit eilt zum Rekord, die schädlichste Organismenart aller Zeiten zu werden. Das hat in den zurückliegenden 600 Millionen Jahren noch keine Art geschafft. Wir sind stolz auf unsere Intelligenz und unsere Überlegenheit über den Rest der Welt, aber sind gleichzeitig dumm genug, unsere eigene Lebensgrundlage zu ruinieren. Wir haben mit dem Zinseszins eine Pumpe erfunden, die pausenlos Reichtum von unten absaugt und nach oben schafft. Und weil der Reichtum oben schon riesig geworden ist, hat die Pumpe an Saugkraft gewonnen, aber von unten ist nicht mehr viel zu holen. Das hat zur Finanzkrise geführt. Man kann streiten, ob das Wachstum der Menschheit oder die Zinseszinspumpe die größeren Umweltschäden verursacht. Kann der Mensch seine Intelligenz nicht endlich einmal klug einsetzen und seine Verantwortung für das globale Ökosystem rigoros über sein enthemmtes Streben nach Reichtum und Wohlstand stellen?

Die technische Voraussetzung für die globale Umweltzerstörung schuf der Mensch durch die industrielle Revolution. Seither kann er wirklich alle Lebensräume unserer Erde von der Tiefe der Ozeane bis zu den Gipfeln der Berge systematisch ausbeuten. Besonders schädlich für Umwelt und Klima ist die industrialisierte Landwirtschaft. Kann der Mensch den Wettlauf in die globale Katastrophe noch stoppen?

Das für den Menschen wenig schmeichelhafte Szenario entstammt nicht der Feder eines Schwarzmalers, sondern wurde von einem hochrangigen Team von 29 Klimaforschern gezeichnet anhand belastbarer Daten. Johan Rockström von der Universität Stockholm fasste die umfangreichen Erkenntnisse für einen Artikel zusammen, der am 24. September 2009 in der angesehenen Wissenschaftszeitschrift *Nature* (Band 461, Seiten 472 bis 475) er-

schien unter dem Titel (übersetzt): „Ein sicherer Handlungsspielraum für die Menschheit“.

Dieser Artikel ist alarmierend. Für neun Handlungsspielräume schätzen die Autoren die Grenzen ab, innerhalb derer eine globale Katastrophe noch verhindert werden könnte. Durch Wechselwirkungen sind die Spielräume miteinander verbunden. Sie betreffen Klimawandel, Verlustrate bei der Artenvielfalt, Ausbringung von Phosphor- und Stickstoffdünger, Verminderung der Ozonschicht, Versauerung der Ozeane, Änderungen der Landnutzung, globaler Verbrauch von Süßwasser, chemische Verschmutzung, Aufladung der Atmosphäre mit Aerosolen (Kleinstpartikeln). Die Grenzen der Spielräume sind schon eng geworden. Drei Grenzen, nämlich für Klimawandel, Artenschwund, Ausbringen von Phosphor- und Stickstoffdünger, wurden schon deutlich überschritten. Diesen drei Fällen gehen die Autoren im Detail nach und zeigen, dass in erster Linie die industrielle Landwirtschaft die Grenzüberschreitungen verursachte.

Die Autoren zeigen noch mehr: In den neun Handlungsspielräumen gibt es Schwellen, deren Lage nicht genau bestimmt werden kann. Sicher ist nur: Auch wenn Schwellen langsam überschritten werden, werden unerwartete Domino-Effekte freigesetzt, die zum Umkippen eines Systems in ein völlig anderes führen. Die allmählich zunehmende Düngung eines Gewässers kann zum Beispiel bewirken, dass das Überschreiten eines Schwellenwerts zum Umkippen des Gewässers in einen unerwünschten Zustand führt. Solche Vorgänge sind auch in globalen Ökosystemen möglich.

Ergänzt sei, worauf Jochen Flasbarth, Präsident des Umweltbundesamts, hinweist: Auch die Verluste an Ackerland haben alarmierende Ausmaße angenommen. In den vergangenen dreißig Jahren gingen 79.000 Quadratkilometer Agrarland verloren durch Bebauung und industrielle Landwirtschaft. Im gleichen Zeitraum wurden 25.000 Quadratkilometer Agrarland durch Waldrodungen und Vernichtung anderer Ökosysteme gewonnen für den Anbau von *cash crops* (global begehrte Ernteprodukte) für die Massentierhaltung und die Gewinnung technischer Energie.

Klimakonferenzen und die Unvernunft der Mächtigen

Vor dem erörterten Hintergrund ist verständlich, dass eine Klimakonferenz die andere jagt. Klima ist der Faktor, der alle neun Handlungsspielräume verbindet. Die Vereinten Nationen (VN) laden seit 1995 jährlich zu internationalen Klimakonferenzen ein, von denen über zwanzig in Deutschland stattfanden. Besonders bedeutend sind die Vertragsstaatenkonferenzen (Conferences of the Parties, kurz COP). An ihnen nehmen die meisten Staaten der Welt teil mit dem Ziel, die Einhaltung der Klimarahmenkonvention zu überwachen und den menschengemachten Klimawandel so gering wie möglich zu halten. Die 17. COP findet vom 28.11. bis 9.12.2011 im südafrikanischen Durban statt.

Auf den COPs wurde bisher herzlich wenig erreicht. Andernfalls hätten Rockström und Kollegen ihren alarmierenden Bericht nicht schreiben müssen. Die Exzesse der industriellen Landwirtschaft und der Zinseszinspumpe wurden nicht eingedämmt. Das Auswechseln von Glühbirnen durch Energiesparbirnen kann den Lauf in die Katastrophe kaum einmal verlangsamen. Wenn eine COP einen Vorschlag zur wirksamen Bekämpfung des Klimawandels macht, verweigern mächtige Länder wie USA und China ihre Unterschrift und machen weiter wie gewohnt. Und wenn ein Land vernünftig handelt, muss es befürchten, Opfer der Unvernünftigen zu werden. So verharren die Länder kollektiv in der Unvernunft.

Rinder in Intensivhaltung sind Klimakiller, in extensiver Weidehaltung nicht

Doch es gibt Lichtblicke: Was die Regierungsorganisationen nicht schaffen, können Nichtregierungsorganisationen (NROs) auf ihre Weise vorantreiben und so kollektiven Druck auf Regierungen ausüben. An dieser Vorgehensweise beteiligt sich auch PROVIEH und kämpft mit anderen NROs für das Ausbremsen der exzessiven Massentierhaltung. Auch so können Klima- und Umweltschutz betrieben werden.

Die Kuh ein Klimakiller? Tagung der Evangelischen Akademie Tutzing

Nicht nur überregional, auch regional finden Klimatagungen statt. Eine von ihnen fand vom 21. bis 23. Oktober 2011 in der Evangelischen Akademie Tutzing statt unter dem Titel *„Klima-Killer Kuh?“*, zu der ich als Podiumssprecher eingeladen war. Anlass für diese Frage war, dass der Pansen der Rinder Methan bildet, das ausgeschieden wird und 21-mal stärker zum globalen Treibhauseffekt beiträgt als Kohlendioxid. Und da der weltweite Rinderbestand bei 1,3 Milliarden liegt und jedes Rind um die 400 Liter Methan täglich ausstößt, müsste das „Rülpsen und Furzen der Rinder“ einen beträchtlichen Klimaeffekt haben.

Diese Vermutung ist nicht ganz richtig und nicht ganz falsch, wie auf der Tagung deutlich wurde. Das „Rülpsen und Furzen“ allein schafft nicht das Problem. Aber für die industrielle Massenhaltung von Rindern werden riesige Mengen an pflanzlichem Kraftfutter erzeugt auf Böden, die stark gedüngt werden. Anders könnten weder die Rindermassen noch die Schweine- und Geflügelmassen ernährt werden. Für die ökologische Haltung müssten deren Zahlen drastisch reduziert werden, wenn dem Klima ernsthaft geholfen werden soll. An der Gestaltung der Tagung in Tutzing und an der Antwort auf die Titelfrage beteiligten sich acht Referenten, sechs Podiumssprecher und schätzungsweise 50 Teilnehmer. Tagungen wie diese geben viele Denkanstöße, die gebündelt auch zu politischem Erfolg führen und die großindustriellen Hungermacher der Welt in die Schranken verweisen können. Das Anbauverbot für gentechnisch veränderte Pflanzen dient als Vorbild.

Sievert Lorenzen

Das Ende der Verschwendung – schon eingeläutet

Ökologische Intensivierung als Überlebensstrategie

Mit „Öko“ sollen sieben Milliarden und mehr Menschen satt werden können? Das schafft doch nur die industrialisierte Landwirtschaft, nur sie ist produktiv, nur sie kann zu Preisen produzieren, die auch für die Armen dieser Welt bezahlbar sind. So etwa lautet das gängige Klischee, das Lobbyisten und Politiker hegen und pflegen und neuerdings durch das Versprechen ergänzen, dass die Landwirtschaft mit Grüner Gentechnik noch produktiver werden könne bei gleichzeitig verstärkter Schonung der Umwelt.

Dieses Klischee und seine Ergänzung sind fest verwurzelt im Reich der Lügen, dafür sorgen noch immer deren mächtige Gewinnler, die sich aber schon unaufhaltsam ihrem Absturz nähern. Warum, das erklärt uns Felix zu Löwenstein in seinem Buch *„Food Crash – Wir werden uns ökologisch ernähren oder gar nicht mehr“*, das 2011 erschien und in erster Auflage schon vergriffen ist. Löwenstein macht unmissverständlich deutlich, dass die kapitalintensive und arbeitsextensive industrielle Landwirtschaft nicht nachhaltig, sondern schadensintensiv ist. Riesige Urwälder und Savannen werden zerstört, um Soja für unsere Massentierhaltung anzubauen; riesige landwirtschaftliche Flächen werden durch intensive Bearbeitung ausgelaugt und der Erosion preisgegeben; riesige Monokulturen ohne Fruchtwechsel lassen den globalen Pestizideinsatz auf das Unerträgliche ansteigen, und das mit kräftiger Unterstützung durch die Grüne Gentechnik. Kleinbauern werden von fruchtbaren Ländereien verdrängt, um Platz zu schaffen für den großflächigen Anbau von „cash crops“ wie Soja, Weizen, Mais und Baumwolle für den Welthandel. So weitermachen? Das wäre fatal für die Menschheit, aber was wäre die Alternative?

Ökologische Intensivierung, so heißt Löwensteins Antwort. Das Konzept ist vielschichtig, aber wir müssen es lernen und umsetzen. Die Ziele unseres Handelns müssen lauten: vielfältiger statt monotoner Landbau; Humusanreicherung im Boden statt Auslaugung; Bescheidenheit statt Verschwendung; Züchtung statt Grüner Gentechnik; Honorierung umweltschonender statt umweltschädigender Agrarproduktion; schonende statt exzessive Tierhaltung; Anbau von Futterpflanzen in der Region statt auf fernen Kontinenten; ehrliche statt verlogene Preise für Agrarprodukte. Die Liste ist lang, aber deshalb eröffnet sie viele Chancen für Beiträge zur Ökologischen Intensivierung.

Löwenstein war früher selbst ein konventioneller Bauer, bevor er im Herbst 1991 auf ökologische Landwirtschaft umschwenkte und damit Erfolg hatte. Er belegt, dass die Erträge im ökologischen Landbau hochwertig und um fast ein Sechstel höher sind als in der konventionellen Landwirtschaft und dass Ökobauern weniger Schulden haben als ihre konventionellen Kollegen. Die Arbeitsintensität müsse zwar erhöht werden, aber die Kapitalintensität werde verringert. Konventionelle Bauern können im Buch viele Anregungen finden, an welchem Punkt der Liste sie ihren Weg zur Ökologischen Intensivierung beginnen können. Gelegenheiten zur Beratung gibt es genug.

Doch ein schwerwiegendes Hindernis gibt es noch für Umstellungswillige. Löwenstein analysiert es eingehend. Es ist politischer Natur und heißt Subvention. Darunter versteht er nicht nur solche, die in bar an die Bauern ausgezahlt werden, sondern auch die Regulierung von Schäden, die von der intensiven Landwirtschaft verursacht wurden. Der Steuerzahler zahlt in beiden Fällen, zwar nicht an der Ladentheke, wohl aber über das Finanzamt. Der erste der beiden Subventionsposten ist schon hoch genug, doch der zweite ist mit jährlich 70 bis 320 Milliarden Euro in der EU der jetzigen Größe noch deutlich höher. Von beiden Subventionsposten profitieren konventionelle Bauern viel stärker als Ökobauern. Krass ungerecht ist insbesondere: Wer Energiemais anbaut, bekommt 1.000 bis 2.000 Euro pro Hektar Ackerland, wer umweltschädlich produziert, verdient mehr als ein Konkurrent, der umweltfreundlich produziert. Nur wegen der katastrophalen Subventionspolitik können Nahrungsmittel aus der konventionellen Landwirtschaft viel billiger verkauft werden als solche aus der Öko-Landwirtschaft. Sind wir reich genug, uns solche Katastrophen auch weiterhin zu leisten?

Wie wichtig der Umstieg von industrieller auf ökologische Intensivierung der Landwirtschaft ist, zeigt mit aller Deutlichkeit auch der Weltagrarbericht von 2008, ein Wälzer mit 2.000 Seiten. Löwenstein kritisiert zu Recht, dass sich die deutsche Bundesregierung an der Erstellung dieses Berichts nicht beteiligt hat, ihn

noch nicht unterzeichnet habe und stattdessen 2,4 Milliarden Euro für die *„BioÖkonomie-Strategie“* ausweise, durch die die Grüne Gentechnik massiv gefördert und die Ökologische Intensivierung nachdrücklich vernachlässigt werde. Auf seinen Einwand hin wurde Löwenstein mit dem Argument beschieden, das sinngemäß so lautet: „Im 21. Jahrhundert reden wir über Innovation, nicht über Ökolandbau.“

Über Innovation reden Löwenstein und wir auch – über Ökologische Intensivierung und ihre Potenz, auf gesundem Boden gesunde Nahrung für sieben Milliarden und mehr Menschen zu erzeugen.

Sievert Lorenzen

Lange Ohren, zotteliges Fell:

Der Poitou-Esel

Vor 150 Jahren waren Esel in Frankreich beliebte Last- und Zugtiere. Rund 400.000 von ihnen gab es im Jahr 1862 im ganzen Land. In der Region Poitou-Charentes, die nördlich von Bordeaux an den Atlantik grenzt, war ein besonders großer auffälliger Esel mit zottigem, langem, braunem Fell und sehr langen Ohren verbreitet: der Poitou-Esel oder Baudet-du-Poitou, wie er in Frankreich heißt. Seine Abstammung ist nicht sicher zu belegen, aber nach einigen Quellen gab es ihn schon vor 2.000 Jahren. Der Poitou-Esel, wie wir ihn heute kennen, wurde zum ersten Mal sehr detailliert in einer Abhandlung des Französisch-Königlichen Rates aus dem Jahr 1717 beschrieben. Diese Rassebeschreibung gilt bis heute.

Heutiges Zuchtziel beim Poitou-Esel ist ein großer langgezogener Kopf mit großen Ohren, die mit langen Haaren bewachsen sind. Das Markenzeichen ist ein ungewöhnlich langes Haarkleid. Die Fellfarbe ist rötlich, manchmal mit Stich ins Gelbliche. Hengste erreichen eine Widerristhöhe von bis zu 156 cm, Stuten sind etwas kleiner. Poitou-Esel sind sanft, freundlich und intelligent. 1884 wurde das erste Stutbuch für den Riesenesel eingerichtet. Das Zuchtbuch wird bis heute lückenlos geführt und gilt für Poitou-Esel in der ganzen Welt. In Deutschland sorgten die imposanten Tiere erstmals im Jahr 1907 für Aufsehen.

Poitou-Hengste für die erfolgreiche Maultierzucht

Poitou-Hengste sind groß genug, um sie mit Kaltblutstuten der Rasse „Trait de Poitevine" anzupaaren. Das Ergebnis sind Hybride, die als Maultiere oder Mulis bezeichnet werden. Sie sind kräftig, gesundheitlich robust und können bis zu 45 Jahre alt werden. Für die Hybridzucht ist die Region Poitou-Charentes seit dem vierten Jahrhundert berühmt. Maultiere sind unfruchtbar, weil die Chromosomenzahl von Pferd und Esel verschieden ist (64 zw. 62). Deshalb mussten für die Zucht der kräftigen Maultiere immer auch die Poitou-Esel gezüchtet werden. Die Maultiere können Lasten tragen, die so schwer sind wie ihr eigenes Körpergewicht von 750 kg, und sie können bis zu 2,5 Tonnen Gewicht ziehen. Deshalb gelten sie international als die stärksten und robustesten Maultiere, und deshalb wurden noch zu Beginn des 20. Jahrhunderts jährlich bis zu 15.000 Poitou-Esel in verschiedene Länder für die Zucht von Maultieren exportiert. Wegen ihrer Kraft und Robustheit leisteten sie im Ersten Weltkrieg einen wesentlichen Beitrag zur Mobilität der französischen und anderer Armeen.

Das Fell der Poitou-Fohlen ist weich wie Samt

Vom Aussterben bedroht

Im 20. Jahrhundert erlebte die Poitou-Eselzucht ihre Blütezeit zwischen den beiden Weltkriegen. Erst nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurden die Esel und Maultiere durch motorisierte Fahrzeuge und Landmaschinen ersetzt, so dass die Anzahl der Tiere dramatisch sank. 1972 war der Poitou-Esel fast ausgestorben. Das französische Zuchtbuch führte nur noch 25 Tiere. Die wenigen verbliebenen Züchter konzentrierten sich auf die Zucht reinrassiger Poitou-Esel und initiierten in Frankreich gemeinsam mit Vertretern aus Behörden und Wissenschaft ein Programm zur Rettung des Poitou-Esels. Hierfür wurden die letzten reinrassigen Tiere im Januar 1982 auf einen abgelegenen Bauernhof im Poitou gebracht. Um Inzucht zu vermeiden, kreuzte man zunächst Großeselstuten aus Portugal ein. Seither können Poitou-Esel manchmal kurzhaarig sein.

Zwar ist die Rasse noch immer vom Aussterben bedroht, doch es geht aufwärts: 2009 waren 424 Eselstuten und 95 männliche Tiere im Zuchtbuch eingetragen. 2010 wurden in Frankreich 214 Geburten registriert. Mittlerweile werden Poitou-Esel in Deutschland auch in Zoologischen Gärten gehalten und dort in wenigen Fällen weitergezüchtet.

Susanne Aigner

INFOBOX

Die mit 450 Kilogramm schwerste Eselrasse der Welt ist auch eine der wertvollsten. Es gibt nur ein Zuchtbuch in Frankreich, in dem alle Zuchttiere der Rasse Baudet-du-Poitou registriert sind. Es wird vom Französischen Züchterverband Association Races Mulassières Poitou geführt. Die Associaton pour la Sauvegarde du Baudet du Poitou (SABAUD) ist ein Verein, der den Verband seit 1988 in seinen Bemühungen zur Erhaltung des Poitou-Esels unterstützt.

Als Repräsentantin der Association Races Mulassières Poitou und Esel-Koordinatorin der GEH (Gesellschaft zur Erhaltung alter und gefährdeter Nutztierrassen e.V.) koordiniert Barbara Bank den Zuchtaustausch mit Poitou-Eseln in Deutschland und Frankreich. Weitere Infos im Internet:

www.g-e-h.de/geh-pfer/poitou.htm; http://asin.free.fr/sabaud.htm

Barbara Bank: Tel.: 06430/6763; www.bahoe.de

Langhaarige Riesenesel im Tierpark Arche Warder

Die Arche Warder in Schleswig-Holstein ist der größte Tierpark für gefährdete Nutztierrassen in Europa. Rund 800 Tiere vertreten mehr als 70 verschiedene Rassen. Die Poitou-Esel erfreuen sich dabei besonderer Beliebtheit. Zum Beispiel De Gaulle: Der zottelige Hengst ist nicht nur in Warder ein Publikumsmagnet.

De Gaulle wurde nach dem französischen General und Staatsmann benannt und 1990 in Deutschland geboren. Seine Mutter Saskia stammt aus dem Tierpark Friedrichsfelde. Der 21jährige Eselhengst hat schon oft Modell gestanden – vor den Kameras der Tierparkbesucher und auf Tierschauen und Messen. Anfang Oktober 2011 erzielte er bei einer Eselprämierung im nordhessischen Witzenhausen, an der drei Hengste und 12 Stuten teilnahmen, mit 80,5 Punkten die höchste Punktzahl – und das nicht nur wegen seines zotteligen langen Fells. „Er beherrscht die Gangarten Schritt und Trab, seine Beine sind tadellos, und seine Handhabung ist unproblematisch", so lobte ihn Tierpfleger Thomas Petersen, der für alle Esel in der Arche Warder verantwortlich ist und De Gaulle führt und trainiert.

Zucht

Bis zu 45 Jahre alt kann ein Poitou-Esel werden. In Warder gibt es zwei Deckhengste und eine Zuchtstute, die im A-Buch eingetragen sind. Zwei weitere Zuchtstuten sind im B-Buch eingetragen, siehe Infobox.

Weil es unter Eselhengsten häufig zu Rangeleien kommt, stehen die Hengste getrennt – der eine im Stall mit Auslauf, der andere auf der Koppel. De Gaulles Töchter, die Eselstuten Ina und Pauline, gehören schon zur vierten Generation in Warder. Sie stehen mit ihren Kindern Veronique (zweieinhalb Jahre), Beatrice (halbjährig) und einem fast einjährigen Hengstfohlen auf der Weide. „Der Vater von diesen dreien ist der zweite Poitou-Hengst. Sein Name ist Prospère du Parc", erklärt Petersen. Auch De Gaulle wird bald wieder Vater, denn kürzlich wurde eine junge Poitou-Eselstute aus Frankreich mit ihm angepaart. Im April 2012 wird das Fohlen erwartet.

Bei allen Zuchtbemühungen muss Inzucht natürlich vermieden werden. Darum, so Petersen, bestehe auch ein reger Austausch mit anderen Poitou-Esel-Züchtern. Auf dem Eseltreffen in Witzenhausen seien zum Beispiel viele neue Kontakte zu andern Poitou-Züchtern in Deutschland und in Frankreich entstanden. De Gaulle darf sich nun auf einige Esel-Stuten freuen, die ihn bald in Warder besuchen werden.

Die Ohren sind auffällig lang und behaart

Die verfilzten „Rastalocken" sind das Markenzeichen dieser imposanten Tiere

Haltung und Fütterung

In Warder werden die Esel dem Publikum häufig vorgeführt und präsentiert. So gibt es Esel-Spaziergänge und gelegentlich auch Ritte für die jüngeren Besucher. Wenn Knecht Ruprecht am 6. Dezember im Tierpark die Tiere füttert, spannt er manchmal zwei Esel vor den Futterkarren. Poitou-Esel sind sanftmütig und umgänglich. Darum sind sie beliebt bei jung und alt. Die Esel hier, betont Petersen, dienen in erster Linie der Fortpflanzung, Präsentation und Erhaltung der Rasse. Allerdings übernehmen die Esel als weitere Aufgabe auch die Landschaftspflege. Die beiden Stuten und die Jungtiere beweiden in einem Feldversuch zwei Hektar Trockenrasen, um ihn von Büschen und Sträuchern freizuhalten. So können seltene Kräuter und Gräser wachsen.

Allgemein waren und sind Esel vor allem in trockenen, wüstenähnlichen Gebieten verbreitet. Darum gehören auch bei den Poitou-Eseln nährstoffarme Gräser und Kräuter, trockene Blattpflanzen, Zweige und Buschwerk zu ihrer Kost. Zugefüttert werden die Tiere mit Heu, und die Zuchthengste und tragenden Stuten bekommen eine Extra Portion Karotten.

Weiden mit Offenställen, sandige Böden und Kiesgruben prägen das Landschaftsbild in Warder. Die Esel reagieren empfindlich auf Feuchtigkeit, weshalb ein trockener Untergrund wichtig für sie ist. Das Laufen auf dem Sand schmirgelt die Hufe sauber. Markenzeichen der Tiere ist das lange, verfilzte Fell, doch leicht können sich darin Parasiten und Pilze einnisten. Darum bedarf es ständiger Pflege. Dazu wälzen sich die Esel gerne im Sand – das macht Spaß und dient der Fellpflege.

Susanne Aigner

INFOBOX

Für die Poitou-Esel gibt es nur das Zuchtbuch in Frankreich. Im A-Buch stehen ausschließlich reinrassige Tiere. Ins B-Buch werden Tiere eingetragen, deren Mutter eine Poitou-Eselin und deren Vater ein Katalanischer Esel ist. Diese Tiere werden mit den Tieren aus dem A-Buch angepaart. Von jedem Tier wird eine Blutprobe genommen, deren Analyse zur Verhinderung von Inzucht führen soll.

Tierschutzkongress im Zirkuszelt

Am 01.10.2011 fand der zweite Tierschutzkongress in Berlin statt. Organisiert wurde er vom Bündnis 90/Die Grünen. Im Zelt des Kinderzirkus „Cabuwazi“ diskutierten Teilnehmer aus Tierschutzorganisationen, der Tierärzteschaft, Landwirtschaft und Politik über Tierschutzthemen. Das Thema „Tierschutz auf dem Teller“ erregte die Gemüter und entfachte eine emotionale Diskussion. Bei der Frage ‚Fleisch essen aus artgerechter Haltung oder nicht, oder lieber ganz darauf verzichten‘ gingen die Meinungen auseinander. Einig waren sich alle Teilnehmer aber, dass die industrielle Nutztierhaltung dringend verändert werden muss. Nach dem Kongress stellte PROVIEH an Undine Kurth, Sprecherin für Tierschutz bei den GRÜNEN, einige Fragen zum Thema Nutztierschutz und -haltung.

Frau Kurth, brauchen wir wirklich ein neues Tierschutzgesetz, oder wäre es Ihrer Ansicht nach sinnvoller, den Vollzug des bestehenden konsequent umzusetzen?

Wir brauchen sicherlich beides. Das Tierschutzrecht stammt im Wesentlichen noch aus der Zeit, als der Tierschutz noch nicht als Staatsziel im Grundgesetz verankert war. Der Schutz des Mitgeschöpfs Tier muss heute auch einen gesetzlich höheren Stellenwert einnehmen. Aber wir wissen auch: Das beste Gesetz taugt nichts, wenn es nicht umgesetzt wird. Deshalb müssen zum Beispiel die Arbeitsbedingungen für Amtstierärzte verbessert werden, und wir brauchen ein Klagerecht für Tierschutzverbände, damit die Rechte der Tiere auch vor Gericht – zum Beispiel durch PROVIEH – eingeklagt werden können.

In welchen Bereichen sehen Sie den größten Handlungsbedarf?

Auf großes Tierleid treffen wir bei den sogenannten Nutztieren in den Tierfabriken. Industrielle Tierhaltung kann eine artgerechte Haltung nicht sicherstellen und ist zudem klimaschädlich und umweltbelastend. Leider schießen neue Tierfabriken in den letzten Jahren in vielen Regionen förmlich aus dem Boden, etwa Großanlagen zur Schweinemast mit bis zu 80.000 Mastplätzen. Neben dem großen Leid für die Tiere wird auch die Zerstörung bäuerlicher und mittelständischer Betriebe sowie regionaler Kreisläufe in Kauf genommen. Wir fordern daher, dass das Emissions-, Bau- und Planungsrecht geändert und strikt angewendet wird. Stallneubauten dürfen zukünftig nur noch dann zulässig sein, wenn der Betrieb ein ausgewogenes Verhältnis von Tierzahl zu Futterflächen aufweist, maximal also zwei Großvieheinheiten pro Hektar, eine dreigliedrige Fruchtfolge nachweisen kann und tiergerechte Haltungsverfahren umsetzt. Tierhaltungsanlagen, die gemäß Bundes-Immissionsschutz-Verordnung genehmigungsbedürftig sind, wollen wir von der Förderung ganz ausschließen.

Außerdem muss für jedes Genehmigungsverfahren Brandschutz nachdrücklich eingefordert werden. Ich unterstelle niemandem, den Tod tausender Tiere leichtfertig in Kauf zu nehmen, und auch an gesetzlichen Vorgaben zum Brandschutz mangelt es eigentlich nicht. Trotzdem haben wir es immer wieder mit Genehmigungen zu tun, die Brandschutzkonzepte vermissen lassen – von Evakuierungsplänen ganz zu schweigen. Es muss aber auch dafür gesorgt werden, dass Bauämter und Gewerbeaufsicht überhaupt arbeitsfähig organisiert sind. Eine zugegebenermaßen schwierige Aufgabe in der Verantwortung der Kommunalpolitiker.

v.l. Veterinärmediziner Prof. Dr. Jörg Luy, Undine Kurth von DEN GRÜNEN, Bestsellerautorin Karen Duve und Jochen Dettmer, Bundesgeschäftsführer von NEULAND e.V.

Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts im Oktober 2010 hat die Bundesregierung eine neue Legehennenverordnung vorgelegt, die eine Übergangsfrist für Kleingruppenhaltung bis 2035 vorsah. PROVIEH hatte dagegen scharf protestiert. Nun hat der Bundesrat den Entwurf zurückgewiesen. Jetzt schiebt die Regierung die Last der Entscheidung, wie mit bestehenden Käfiganlagen zu verfahren ist, auf die Länderebene ab. Wie positionieren sich die Grünen dazu?

Wir Grünen lehnen eine solche Verlängerung bis zum Sanktnimmerleinstag kategorisch ab – die Bundestagsfraktion genauso wie die Landesregierungen, an denen wir Grüne beteiligt sind. Ein Bestandsschutz von 24 Jahren geht deutlich über die Frist hinaus, in der Abschreibungen in der Regel möglich sind. Es kann nicht angehen, dass weiteres Tierleid in Kauf genommen wird, bis jeder einzelne Betrieb auch den letzten Euro abgeschrieben hat. Es ist gut, dass Tierschutzorganisationen wie PROVIEH das Thema weiter im Blick behalten und nicht locker lassen.

Welche politischen Handlungsmöglichkeiten sehen die GRÜNEN, die Umstellung auf Zweinutzungsrassen, insbesondere bei Hühnern und Milchvieh, voranzubringen?

Das angesprochene Problem resultiert aus der hochspezialisierten und hochindustrialisierten Landwirtschaft mit ihren einseitigen Nutzungsinteressen – Ei oder Fleisch. Dafür werden jährlich 40 Millionen männliche Küken getötet, was auf erhebliche ethische und rechtliche Bedenken trifft. Deshalb brauchen wir wieder Nutzungsrassen, die nicht nur eine einzelne Eigenschaft vererben, sondern optimal hinsichtlich verschiedener Kriterien sind. Die Zucht solcher Rassen muss verstärkt gefördert werden – eine Aufgabe auch für die Forschungsförderung.

Frau Kurth, PROVIEH dankt Ihnen für das Gespräch.

Verena Stampe

Die Erfindung der „Schweinegrippe-Pandemie“

Die Aufregung um die Schweinegrippe ist vorüber. Jetzt müssen auf nationaler und internationaler Ebene die Fakten, Vorgänge und Fehler um die Schweinegrippe (= Neue Grippe) aufgearbeitet werden. Was die Fehler waren und wie sie künftig vermieden werden können, erklären im Folgenden Dr. med. Angela Spelsberg vom Tumorzentrum Aachen e.V. und Professor Dr. med. Ulrich Keil vom Institut für Epidemiologie und Sozialmedizin der Universität Münster. Beide Autoren arbeiten in der gemeinnützigen Vereinigung „Transparency International Deutschland“. Der folgende Beitrag stellt einen Auszug aus einem ausführlicheren Beitrag dar, der 2011 auf Englisch in der Zeitschrift European Journal of Epidemiology (Band 26, Seiten 187-190) erschien (DOI 10.1007/s10654-011-9573-6). Die vollständige deutsche Fassung mit allen Literaturangaben finden Sie auf der Internetseite von PROVIEH.

Pandemieszenarien – wer dreimal lügt, dem glaubt man nicht

Seuchen wie Pest, Cholera, Pocken und Spanische Grippe (A/H1N1) haben sich als große Bedrohungen ins kollektive Gedächtnis der Menschen eingeprägt. Die Spanische Grippe verbreitete sich am Ende des Ersten Weltkrieges, von 1918 bis1920, über den ganzen Globus und forderte schätzungsweise 25 bis 40 Millionen Todesopfer, vor allem unter armen und entwurzelten Menschen. Die letzte schwere weltweite Grippewelle, die sich auch in einer kurzzeitigen Senkung der Lebenserwartung in Deutschland manifestierte, wurde 1968 als Hongkong-Grippe beschrieben. Die saisonale Grippe fordert trotz Impfung allein in Deutschland jährlich bis zu 10.000 Todesopfer. Ob die Impfungen wirksam sind, ist zweifelhaft.

Mit ihrer Reassortment-Theorie entwarfen Virologen neue Horrorszenarien: Wenn ein Lebewesen mit verschiedenen Stämmen eines Grippevirus gleichzeitig infiziert sei, dann könnten die RNA-Stränge (das Erbgut dieser Viren) nach ihrer Vermehrungsphase im Wirt mosaikartig auf die nachkommenden Viren verteilt („reassortiert“) werden. So könnten hochpathogene Killerviren entstehen. Die Theorie konnte nie bestätigt werden, aber mit ihr wurden bisher drei globale Angstkampagnen erzeugt, die schon im Vorfeld als Fehlalarme erkennbar waren:

Erster Fehlalarm: Im Jahre 2002/3 trat in Hongkong eine mit schweren respiratorischen Symptomen einhergehende regionale Grippe auf, die sehr ansteckend war und als SARS (Severe Acute Respiratory Syndrome) bezeichnet wurde. Dem verursachenden Corona Virus wurde das Potenzial für eine Pandemie (globale Epidemie) zugesprochen, doch weltweit wurden nur 8.098 Fälle mit SARS registriert, von denen 774 tödlich verliefen (Letalität 9,6 Prozent). In Deutschland starb niemand an SARS.

Zweiter Fehlalarm: 2005/6 wurde aus der Vogelgrippe (A/H5N1) eine neue Pandemiewarnung abgeleitet und zum Pandemiemodellfall erklärt, obwohl die Krankheit eine Zoonose ist, also nur von Tier auf Mensch, aber fast nie von Mensch auf Mensch übertragbar ist. Die Gesundheitsbehörden empfahlen der Bevölkerung den Kauf neuer antiviraler Medikamente, unter anderem TAMIFLU. Viele Regierungen lagerten große Mengen dieses umstrittenen Medikaments ein. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) und nationale Regierungen verabschiedeten in den International Health Regulations (IHR) weitreichende Maßnahmen für den Pandemiefall und übertrugen der WHO die Führungsrolle bei der Definition und Einschätzung einer Pandemie. Die Ausrufung der Pandemiestufe 6 (der höchsten Stufe) würde eine Kaskade vorher festgelegter Maßnahmen auslösen, zu denen Massenimpfungen der Bevölkerung gehören. Alle Aufregung war umsonst, denn weltweit wurden nur 496 Menschen mit dem A/H5N1 Virus infiziert, von denen allerdings 293 starben.

Wem nutzen diese Mittel wirklich?

Dritter Fehlalarm: Kaum war die Vogelgrippe-Hysterie vorbei und kaum waren die ersten Menschen in Mexiko und dem Süden der USA an der Schweinegrippe („Neue Grippe“) erkrankt, erklärte der britische Regierungsberater Sir Roy Anderson die Schweinegrippe am 1. Mai 2009 zur neuen Pandemiegefahr und lobte die britische Regierung wegen ihrer Vorsorgemaßnahmen, doch – was noch nicht bekannt war – er war seit drei Jahren hochbezahlter Lobbyist (Jahresgehalt 135.000 Euro) des Impfstoffherstellers GlaxoSmithKline (GSK). Ganz in dessen Sinne veränderte die WHO noch im Mai 2009 die Pandemiedefinition und ließ nur noch die schnelle, weltweite Ausbreitung einer Infektionskrankheit als Kriterium gelten, nicht mehr deren Schweregrad. Nur deshalb konnte die WHO schon am 11. Juni 2009 für die Influenza A/H1N1 die Pandemiestufe 6 ausrufen. Daraufhin musste allein Deutschland 50 Millionen Impfdosen bestellen, doch nur sieben Prozent der Bevölkerung ließen sich impfen. Rund 260.000 Menschen erkrankten in Deutschland an der Schweinegrippe, 258 starben (Letalität 0,1 Prozent), also weit weniger als bei einer üblichen saisonalen Grippe. Die WHO nahm die Pandemiestufe 6 erst im August 2010 zurück.

Aus den drei falschen Pandemieprognosen der letzten zehn Jahre zog das British Medical Journal am 10. Februar 2010 eine vernichtende Bilanz: „Wer wird den Prognosen in Zukunft noch glauben? Sie waren FALSCH bei SARS, FALSCH bei der Vogelgrippe und FALSCH bei der Schweinegrippe. Dreimal innerhalb von zehn Jahren wurde ein falscher Alarm aus dem Hut gezaubert („hat trick of false alarms"). Was passiert beim nächsten Ma?" Ganz einfach: Man wird den Alarmen nicht mehr glauben, handfeste Begründungen verlangen und vage Vermutungen ablehnen.

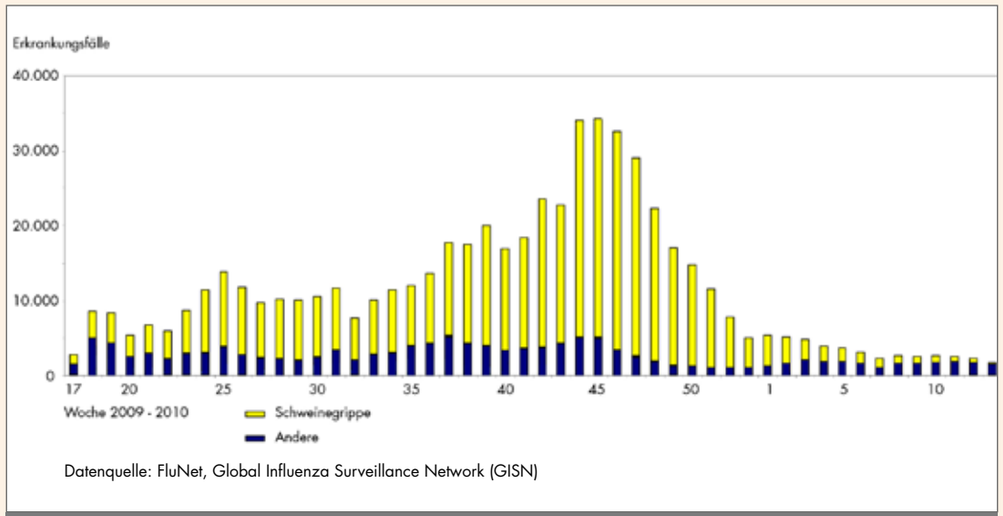
Schweinegrippe-Impfstoff – das Geschäft mit der Angst

Der Impfstoffindustrie war es ein Leichtes, den Impfstoff gegen das Virus A/H5N1 zu einem Impfstoff gegen das Virus A/H1N1 umzuwandeln. Ob das Produkt wirksam ist oder nicht, war von untergeordneter Bedeutung, denn Infektionen mit A/H1N1 verliefen meist milde. Und als die WHO für A/H1N1 die Alarmstufe 6 ausrief, mussten die Impfstoffanbieter nicht einmal die Wirksamkeit und Sicherheit des Schweinegrippeimpfstoffs nachweisen, weil der Bezug auf die Musterzulassung des Vogelgrippeimpfstoffes reichte („Mock-up"-Zulassung). Es mussten lediglich unkontrollierte Anwendungsbeobachtungen nachgereicht werden. Geflissentlich wurde übersehen, was 1976 in den USA geschah: Nach einer Massenimpfung gegen ein harmloses Influenzavirus erkrankten von 40 Millionen Geimpften 532 am sogenannten GUILLAIN-BARRÉ-Syndrom, 32 von ihnen starben daran.

Ein besonderes Problem der in Deutschland zugelassenen Schweinegrippe-Impfstoffe sind die Adjuvantien oder Wirkverstärker (AS03 bei PANDEMRIX von GSK, MF59 bei FOCETRIA von Novartis). In den USA hat die Federal Drug Administration (FDA) die Verwendung von Impfverstärkern im September 2009 nicht zugelassen, weil deren Sicherheit unzureichend belegt sei. Deshalb enthalten die US-amerikanischen Schweinegrippeimpfstoffe der vier Firmen CSL, MedImmune, Novartis Vaccines und Sanofi-Pasteur 15 µg des Impfwirkstoffs, bei uns aber nur 3.75 µg plus Adjuvans. Die European Medicines Agency (EMA), die die Pandemie-Impfstoffe zugelassen hat, ist den Herstellern (Novartis und GSK) auf Kosten der Sicherheit der Patienten also großzügig entgegengekommen. Deutschland bezahlte pro Impfdosis 7 Euro (2009 auf 9 Euro erhöht), davon 1 Euro für den in Deutschland produzierten Impfwirkstoff und 6 Euro für den in Belgien produzierten Wirkverstärker, der 27,4 mg einer billigen Emulsion aus Squalen, Polysorbat 80 und Tocopherol enthält. Die Kostenberechnung kann nur als Ausdruck maßloser Profitgier gewertet werden.

Forderung: Wir brauchen eine seriöse Infektionsepidemiologie

Krankheiten dürfen nicht länger als moralische Keulen zur Durchsetzung von Geschäftsinteressen missbraucht werden. Wie also ist fatalen und teuren Fehleinschätzungen von angeblich renommierten Experten in Zukunft zu begegnen? Eine prinzipielle Forderung an Wissenschaft und Gesundheitspolitik ist die Etablierung einer modernen Infektionsepidemiologie, die es erlaubt, mit Monitoring Systemen hoher Qualität schnelle und genauere Aussagen über Neuerkrankungsziffern und Schwere einer Infektionsepidemie zu machen. Hierfür sind vor allem klassische Infektionsepidemiologen zuständig. Jede Einmischung



Verlauf der Schweinegrippe auf der Nordhalbkugel. Auf dem Höhepunkt der Grippewelle wurden Erkrankungsfälle aus bis zu 66 Ländern gemeldet. Die Zahlenwerte sind viel zu klein für eine Pandemie.

von Experten mit offenen oder verdeckten Interessenkonflikten muss unterbunden werden. Das muss auch für die wissenschaftlichen Mitarbeiter und Berater der WHO gelten, ganz wie dies im Fall von Tabak schon lange gilt (Framework Convention on Tobacco Control). Lobbyismus und Druck der Pharmazeutischen Industrie auf Politik und Regierungen müssen überwacht werden. Experten mit materiellen Beziehungen zu Warenanbietern müssen von Beratungstätigkeiten und Beratungsgremien der Gesundheitsbehörden und der ärztlichen Selbstverwaltung ausgeschlossen werden.

Die Medien können für die Horrorszenarien nicht verantwortlich gemacht werden, denn meist haben sie gutgläubig nur weitertransportiert, was ihnen von den Autoritäten übermittelt wurde. Journalisten wie Klaus Kleber vom Zweiten Deutschen Fernsehen haben sich wegen ihrer Gutgläubigkeit bei ihrem Publikum entschuldigt. Unnötig hätten sie die Bevölkerung in Angst versetzt und überredet, an der überflüssigen Pandemie-Impfaktion teilzunehmen. Die WHO hat bis heute keine Selbstkritik geübt.

Da nur sieben Prozent der Bevölkerung an der Impfung teilnahmen, blieben Bund und Länder auf riesigen Impfstoffvorräten sitzen. Durch Nachverhandlungen mit dem Hersteller wurde die abzunehmende Menge zwar auf 34 Millionen Impfdosen begrenzt, von denen nur 5.6 Millionen verbraucht wurden. In Deutschland entstand also ein Schaden von etwa 250 Millionen Euro allein für unverbrauchte Impfstoffe.

Polen war klüger. Die polnische Gesundheitsministerin Ewa Kopacz folgte dem Pandemieplan der WHO nicht und erklärte kategorisch: „Wir werden keinen Impfstoff gegen Schweinegrippe kaufen". Auf Kritik aus dem eigenen Land reagierte sie mit den Worten: „Ist es meine Pflicht, Verträge zu unterschreiben, die im Interesse der Polen liegen oder im Interesse der Pharmakonzerne?"

Angela Spelsberg und Ulrich Keil

Artgemäße Straußenhaltung ist in Deutschland möglich

Artgemäße Straußenhaltung in Deutschland? Viele Tierschützer behaupten bislang, dass dies nicht möglich sei, denn der Strauß sei nicht an unser Klima angepasst. „Alles Vorurteile“, meint der Journalist und Straußenzüchter Christoph Kistner. Seine Mhoufarm in Rülzheim zeigt, dass Strauße auch bei uns verhaltensgerecht leben können.

Nach intensiver Recherche reisten Kistner und seine Frau unter anderem nach Zimbabwe, um dort die artgemäße Straußenhaltung von Grund auf zu lernen. „Mhou“ wird der Strauß dort genannt. Seit 1993 besitzt das Paar eine 15 Hektar große Farm in Reinland-Pfalz. Etwa 80 Zuchtstrauße der Rasse Zimbabwe Blue teilen sich dort 24 Gehege, von denen jedes bis zu 5.000 m² groß ist. Die großen Vögel können schwer verdauliche Pflanzenteile optimal verwerten. Trotzdem erhalten sie täglich ein Zusatzfutter, das aus Getreide, Soja und Rübenmelasse besteht. Im Winter erhalten sie außerdem Heu- und Grassilage. Wichtig ist auch die Wasserversorgung, denn ein Strauß trinkt bis zu 40 Liter am Tag. Die Freilandhaltung rechne sich auch betriebswirtschaftlich, denn sie koste nur ein Viertel der Stallhaltung, so der Straußenexperte. Auf Antibiotika kann auf der Mhoufarm komplett verzichtet werden.

Kälte macht dem Strauß nichts aus

Der Strauß kann gut mit Schnee und Kälte umgehen, denn ursprünglich kommt er aus Zentralasien, wo es wie in Südafrika empfindlich kalt werden kann. „Meine Tiere schlafen bei Temperaturen von bis zu minus 20 Grad im Schnee“, erklärt Kistner. „Bei Regen setzen sie sich frontal gegen den Wind. Dann liegt das Gefieder wie ein Reetdach auf dem Rücken.“ Trotzdem befindet sich in jedem Gehege eine frei zugängliche Schutzhütte mit überdachtem Sandbad.

Auf der Farm schlüpfen jedes Jahr bis zu 1.500 Küken. Ab dem vierten Lebenstag dürfen sie in den Auslauf ins Freie. Die Küken kommen in ausgewählte Aufzuchtbetriebe, die mit der Mhoufarm unter Vertrag stehen. Mit jedem Betrieb werden Aufzucht, Haltung, Fütterung und Vermarktung vertraglich geregelt. Genau wie ihre Eltern verbringen die Jungtiere ihr Leben im Freiland. Nach etwa einem Jahr, mit einem Gewicht von 100 bis 110 kg werden die Tiere geschlachtet.

Das ganze Tier wird verwertet

„Wenn das Leben eines Strauß geopfert wird, dann soll auch alles von ihm verwertet werden“, erklärt Kistner. Das klingt nach mehr als einem Geschäftsprinzip – es ist ein ethischer Grundsatz. Denn das Fleisch macht mit 35 Kilogramm gerade mal ein Drittel des Tieres aus. Es wird zu Filets, Steaks, Keule, Gulasch, geräuchertem Schinken und Salami verarbeitet. Derzeit ist die Nachfrage nach Straußenfleisch so hoch, dass der Betrieb gar nicht alle Kunden beliefern kann. Weitere Verwendung findet das Straußenfett, das bei Neurodermitis helfen soll und als Hautbalsam verkauft wird. Aus den Häuten werden Lederwaren gefertigt, die Federn gehen als Schmuck oder Staubwedel über den Ladentisch. Die ausgeblasenen Eier werden zu dekorativen Lampen

Wer Strauße halten will, muss ihre Bedürfnisse sehr genau kennen

umgearbeitet. Ein Straußenei setzt sich ähnlich zusammen wie ein Hühnerei, nur ist sein Volumen etwa 25 Mal größer und enthält weniger ungesättigte Fettsäuren. Für Menschen, die keine Hühnereier vertragen, ist es deshalb eine schmackhafte Alternative. Übrig bleibende Fleischreste lässt Kistner von seinem Metzger zu Tiernahrung verarbeiten.

Seit einigen Jahren zeigen Kistner und seine Frau in der Praxis, wie die Straußenhaltung funktioniert, und im Jahr 2003 gründete Kistner den Verein „Artgerecht e. V.“, dem heute zehn Betriebe angehören. Die Züchter wollen ihre Strauße professionell **und** artgemäß halten, aber viele Menschen wissen noch nicht, wie dies möglich ist. Deshalb bietet Kistner dreimal im Jahr Seminare an, in denen man alles über Strauße und ihre Bedürfnisse sowie über deren Zucht und Haltung lernen kann. Kistner hält bundesweit Vorträge, und sein Verein hat Kontakte zu Straußenhaltern auf der ganzen Welt. Er ist Mitverfasser des Merkblattes „Artgerechte Straußenhaltung“ der Tierärztlichen Vereinigung für Tierschutz e. V., das im Sommer 2011 veröffentlicht wurde.

Nur wenn die Tiere gesund sind und ihre arteigenen Bedürfnisse ausleben können, liefern sie wertvolles Fleisch. Dann könne man auch mit ihnen Geld verdienen, meint Kistner und fügt hinzu: „Die Tiere fühlen sich wohl in unseren Breitengraden – aber nur, wenn man sie artgerecht im Freien hält.“

Susanne Aigner

Kontakt:
Straußenfarm Mhou, Am See; 76761 Rülzheim,
Tel. 07272 – 929767-0; www.mhoufarm.de
Artgerecht e. V.; Tel.: 07272 - 929767-85;
www.artgerechte-straussenzucht.de

INFOBOX

In Deutschland gibt es rund 15.000 Straußenfarmen mit insgesamt 3.500 Straußen. Sie vermarkten rund 75 Tonnen Fleisch im Jahr, wobei 80 Prozent von nur zehn Betrieben produziert wird. Das dunkelrote fett- und natriumarme Fleisch gilt als sehr gesund, da es viel Eisen, Eiweiß und – wegen der Freilandhaltung – mehrfach ungesättigte Fettsäuren enthält.

Gänsefüßchen

Für viele Tiere ist der Winter kein Problem

Wenn es immer kälter wird, und die Bäume und Sträucher ihr Laub abwerfen – ja dann ist sie da, die kalte nahrungsarme Winterzeit. Die Menschen haben sich auf die Zeit des Mangels und der Kälte eingestellt. Wir haben Häuser, in denen Heizungen für eine angenehme Raumtemperatur sorgen, und wenn's nach draußen gehen soll, ziehen wir warme Mäntel, Jacken, Stiefel, Mützen und Handschuhe an. Unsere Kühlschränke und Speisekammern sind gefüllt, und der nächste Supermarkt ist meist auch nicht weit entfernt.

In unseren Breitengraden kann der Winter lang und hart sein. Dauerfrost mit zugefrorenen Gewässern verschärfen die Situation für wildlebende Tiere. Frost ohne Schnee lässt die Tiere nicht nur hungern, sondern auch noch an Wassermangel leiden. Wie kommen unsere Tiere mit dem Winter zurecht? Uns Menschen wird kalt, wenn es draußen kalt ist. Dann ziehen wir uns wärmer an oder drehen die Heizung höher, oder wir fangen an uns zu bewegen. Eine ähnliche Reaktion auf fallende Temperaturen zeigen alle Tiere mit einem Fell. Das kurze Sommerhaar wird abgeworfen, und ein wärmeres und den Körper besser vor Kälte schützendes Winterfell wird gebildet. Besonders Pferde können sich gut an extreme Temperaturen anpassen. Als Steppentiere müssen sie unter Umständen Tagestemperaturen bis zu 40 Grad plus und Nachttemperaturen von weit unter dem Gefrierpunkt ertragen. Deshalb können Pferde die Durchblutung ihrer obersten Hautschichten reduzieren, um so weniger Wärme an die Umwelt abzugeben. Das Winterfell „arbeitet" mit eingeschlossener Luft als Wärmedämmschicht. Es besteht meist aus langen Haaren, die eine dichte Oberfläche über den darunter liegenden Haaren bilden.

Ein dickes Fell ist der beste „Schneeanzug"

Das gleiche Prinzip nutzen Vögel. Man kann leicht beobachten, dass alle Vögel bei Minusgraden ziemlich aufgeplustert erscheinen. Ihr Gefieder hat dann den Effekt eines Steppmantels. Nachts bauschen sie sich dann noch mehr auf, bis sie zu kleinen Kugeln werden, stecken ihre Köpfchen unter den Flügel und können so in Hecken und Bäumen schlafen. Spatzen schlafen bei Schnee und Eis auch gerne unter Dachpfannen oder in Vogelhäuschen. Jede Gelegenheit, dem eisigen Wind zu entgehen, wird genutzt.

Anders als unsere Hausschweine haben Wildschweine ein extrem festes und warmes Winterfell. Sie kommen mit eisigen Temperaturen durchaus zurecht. Die Hausschweine lieben es auch im Winter, tagsüber im Freien zu sein, aber abends suchen sie doch den Stall als wärmende und schützende Unterkunft auf. Rinder trotzen kältesten Temperaturen, aber die Milchkühe müssen wegen ihrer vom Menschen gezüchteten übergroßen Euter vor Hauterfrierungen geschützt werden. Dauerfrost ist für sie ein Grund, den Laufstall aufzusuchen. Schafe haben zum Wärmeschutz ihre Wolle, welche aber nur aus Unterhaaren besteht. Das Deckhaar fehlt bei vielen Schafrassen. Ihre Wolle ist ein Geschenk, für das die Menschen leider wenig Dankbarkeit zeigen. Anders als wir haben Tiere viele Möglichkeiten mit Kälte und Nahrungsmangel umzugehen. Viele verbringen ja auch den Winter im Winterschlaf. Dieser kann mehr oder weniger ausgeprägt sein. Allen Ausprägungen gemein ist, dass die Körperfunktionen auf Sparflamme laufen und so Energie eingespart wird. Die im Schlaf dennoch ablaufenden Körperfunktionen werden von körpereigenen Fettreserven gespeist. Wer nicht über so eine geniale Möglichkeit verfügt, muss natürlich auch bei Eis und Schnee Nahrung finden. Futterhäuschen sind sehr beliebte Treffpunkte für verschiedenste Vogelarten. Wer bei der Winterfütterung keinen Fehler machen möchte, dem sei das KOSMOS Buch „Vögel füttern – aber richtig" empfohlen.

Janet Strahl

GEWINNSPIEL

Malt uns ein Bild zum Thema Tiere im Winter!

Der Gewinner bekommt von uns ein PROVIEH-Überraschungspäckchen. Wir freuen uns auf Eure Einsendungen!

*Die Gewinnerin vom letzten Heft heißt **Salome Reich.** Herzlichen Glückwunsch!*

Janet Strahl und das PROMA-Team

BUCHTIPP

Vögel füttern – aber richtig

von Peter Berthold u. Gabriele Mohr.

95 Seiten prall mit tollen Aufnahmen und Informationen über die bei uns lebende Vogelwelt gefüllt. Das Buch wird von der Heinz Sielmann Stiftung empfohlen. Es ist eine wichtige Hilfe bei der Entscheidung, ob wann und was gefüttert werden kann.

Erschienen im Kosmos Verlag
ISBN: 978 3 440 11644 9, 7,95 €

Zwischen Streichelzoo und Schlachthof. *Über das ambivalente Verhältnis zwischen Mensch und Tier, Dr. Hanna Rheinz, Kösel-Verlag (25. Juli 2011), 240 Seiten, 17,99 €, ISBN: 3466309018*

Zwischen Streichelzoo und Schlachthof

Der Mensch hat ein gespaltenes Verhältnis zu seinen Mitgeschöpfen. Zu dieser Erkenntnis muss man zwangsläufig kommen, wenn man sich näher mit den Lebensumständen von Heimtieren und von Insassen industrieller Intensivtierhaltungsanlagen befasst. Selten aber wurde dieses Spannungsfeld so gleichermaßen pointiert und sensibel, hintergründig und humorvoll beschrieben wie von der Psychologin Dr. Hanna Rheinz. Die engagierte Tierrechtlerin und Vorsitzende des interreligiösen Vereins Trialog 4 Animals zeigt nicht nur auf, wo unsere Abgründe und Widersprüche liegen. Höchst originell bereichert sie mit ihrer „Kabbala der Tiere" auch die Betrachtung des Tier-Mensch-Verhältnisses um liebevolle Aspekte. Ein Buch, das jedem Tier- und Menschenfreund ans Herz zu legen ist.

Stefan Johnigk

Tier zuliebe. *Vegetarisch leben – eine Kostprobe, Birgit Klaus, Diederichs Verlag, 192 Seiten, 14,99 €*
ISBN 978-3-424-35050-0

Tier zuliebe
Vegetarisch leben – eine Kostprobe

Die Fernsehjournalistin Birgit Klaus will für ein Jahr vegetarisch leben und stellt deshalb ihre Ernährung von einem auf den anderen Tag um. Vor allem die schlimmen Zustände in der Massentierhaltung veranlassen sie zu diesem Schritt.

Die plötzliche Umstellung zu einer fleischlosen Ernährung fällt ihr besonders in den ersten Wochen schwer: Neue Gerichte müssen gefunden und der Heißhunger auf Fleisch überwunden werden – auch eine kleine Scheibe Schinken auf dem Brötchen ist tabu.

Dieses Buch ist eine ideale Hilfe für vegetarische Anfänger oder solche, die noch Zweifel hegen. Anhand von vielen Interviews mit Ernährungsberatern, Wissenschaftlern, Philosophen, Kommunikationstrainern und Köchen erklärt Birgt Klaus humorvoll, warum man Vegetarier werden und auch bleiben sollte.

Verena Stampe

Impressum

Herausgeber:
PROVIEH – Verein gegen tierquälerische Massentierhaltung e.V.
Küterstraße 7–9, 24103 Kiel
Telefon 0431. 2 48 28-0
Telefax 0431. 2 48 28-29
info@provieh.de, www.provieh.de

Redaktionsschluss für das PROVIEH-Magazin 1/2012: 01.02.2012
Wir freuen uns über Ihre Beiträge für das PROVIEH-Magazin; bitte schicken Sie uns diese wenn möglich als Word-Datei oder mit der Schreibmaschine geschrieben zu.

Redaktion:
Prof. Dr. Sievert Lorenzen (V.i.S.d.P.), Judith Handy, Stefan Johnigk, Susanne Kopte, Daniel Litten, Christina Petersen

Gestaltung und Realisation:
Petra Gosienicki-Gussow, Grafik-Design, Kiel

Druck, Verarbeitung:
Pirwitz Druck & Design, Kronshagen

Auflage: 8.000 Exemplare

© 2011 PROVIEH – Verein gegen tierquälerische Massentierhaltung e.V.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich die Kürzung und redaktionelle Überarbeitung von Manuskripten und Leserbriefen vor.

Fotonachweis:
Titel (Zwergesel): Tobias Handy; S. 3: Judith Handy; S. 4, 11, 44: freeanimalpix; S. 4, 19: Dieter Haugk (pixelio); S. 4, 25: Dieter Kaiser; S. 4, 32: Manfred König (fotocommunity); S. 4, 43: Christoph Kistner; S. 5: PROVIEH, S. 6: Detmar Kleensang; S. 8: Peter Freitag (pixelio); S. 10: Tine Lentfer; S. 13: Daniel Beltra,greenpeace; S. 15: Dieter Schütz (pixelio); S. 17, 21: Rainer Sturm (pixelio); S. 22: Günter Havlena; S. 23: de.wikipedia.org; S. 26: Erika Hartmann (pixelio); S. 27: Rolf Handke (pixelio); S. 29: © Europäische Union; S. 33, 35: Wolfgang Sievers-Kottek; S. 34, 37, 48: Stefan Johnigk; S. 39: Wickimedia; S. 47: Mechthild Bening; alle übrigen: PROVIEH – Verein gegen tierquälerische Massentierhaltung e.V.

Spendenkonten von PROVIEH – VgtM e.V.:
Postbank Hamburg
Konto 385 801 200, BLZ 200 100 20
Kieler Volksbank eG
Konto 54 299 306, BLZ 210 900 07

Bitte geben Sie bei Überweisungen Ihre Mitgliedsnummer an, soweit vorhanden. Beiträge und Spenden sind steuerlich abzugsfähig.

Erbschaften und Vermächtnisse zugunsten PROVIEH sind von der Erbschaftssteuer befreit.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier
Versand in biologisch abbaubarer PE-Folie

PROVIEH – Verein gegen tierquälerische Massentierhaltung e.V. • Küterstraße 7–9 • 24103 Kiel
Postvertriebsstück, DPAG, Entgelt bezahlt, 44904

PROVIEH – Verein gegen tierquälerische Massentierhaltung e.V. • Küterstraße 7–9 • 24103 Kiel

Das Allerletzte

Intensivmast macht krank

Mehr als 96 Prozent aller Masthühner aus Intensivtierhaltung erhalten Antibiotika. Das fördert die Bildung von Antibiotikaresistenzen. Bereits im Jahr 2009 standen über 23 Prozent aller Proben von frischem Hähnchenfleisch im Verdacht, gegen Antibiotika resistente Eitererreger (MRSA) zu enthalten. Dauertiefpreis? Zu Risiken und Nebenwirkungen fragen Sie Ihren Arzt oder Apotheker.